

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Buchhandlungen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch den Boten 2,20 RM., bei Postbeförderung 2 RM., möglichst Abtrag. Alle Postanstalten Wochensatz für Wilsdruff u. Umgegend



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Bezugspreis: die 4 geprägten Nummern je 20 Pf., die 4 geprägten Teile der amtlichen Bekanntmachungen je 40 Pfennig, die 4 geprägten Reklameteile im bezüglichen Teile 1 Reichsmark. Nachstellungserhältliche 20 Reichspfennige. Von jedem geprägten Erkundungsbericht nach Abgabezeit bis zum 1. November 1931 und bis zur nächsten Ausgabezeit nach Abgabezeit bis zum 1. November 1931. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 berücksichtigt. Angestellte für die Reichsstadt berücksichtigt. Angestellte durch Fernsprecher überzeugen können wie keine Garantie. Sofern kein Antrag erhältlich ist, wenn der Bezug durch eine eingezogene Person nicht über der Auftraggeber in Konkurrenz steht. Anzeigen nehmen alle Verwaltungseinheiten auf.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 239 — 90. Jahrgang

Teleg.-Abt.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postleitz.: Dresden 2640

Dienstag, den 13. Oktober 1931

Hart auf hart.

Nun kann es wirklich kaum noch den geringsten Zweifel geben: In der jetzt anhebenden Sitzungsperiode des Reichstags geht es hart auf hart. Und im entscheidenden Augenblick, wenn erst abgestimmt wird über die Mitherausansprüche der Opposition, über die Anträge zur Auflösung der Notverordnungen usw., kurz über alles, was den parlamentarisch-politischen Sturz des neuen Kabinetts Brünings verhindern soll —, dann wird es doch nur ein Ja oder Nein geben, auch wenn dies nicht ausdrücklich ausgesprochen wird. Nur für einen verhältnismäßig geringen Teil des Reichstages dürfte es daher überhaupt noch von einiger Bedeutung sein, was der Reichskanzler in der Regierungserklärung sagte; die Kundgebung dessen, was das Kabinett außen- und innenpolitisch, sozial- und wirtschaftspolitisch will, wird eine äußerlich-sachliche Begründung auch nur dafür abgeben können, daß man sich persönlich für oder gegen Brüning dort entscheidet, wo man heute zu einem endgültigen Entschluß noch nicht gekommen sein sollte. Das ist nun allerdings der Fall, vorerst noch ein Zellen jener Parteien und Parteigruppen, die zwischen der unbedingten Reichsopposition und einer der Zentrumspartei stehen. Hier sind bisher zwar Entschlüsse teilweise ganz eindeutiger Art gegen Brüning erfolgt, aber doch unter Begleitung darüber, die es zweifelhaft machen, ob diese Stellungnahme gegen die Person und die Politik des Kanzlers später im Reichstag auch zu einer entsprechend eindeutigen Stimmabgabe führen wird. Dagegen halten selbst die ältesten parlamentarischen Propheten vorläufig mit ihren Prognosierungen stark zurück. So scharf ist der Bogen gespannt, so fast eindeutig die ganze parlamentarische Lage, so schroff stehen sich die Fronten gegenüber, daß man es beinahe verfehlt kann, wenn die Opposition im Reichstag jede Hinausschiebung der endgültigen Entscheidung vermieden wissen und möglichst schnell aus Ganze geben will. Einander überreden oder überzeugen will und kann man ja doch nicht mehr.

Aufs Ganze geben, also Sturz des Kabinetts Brüning unter allen Umständen und Ablehnung selbst jeder etwa rechte „getarnte“ Regierung — das hat die Harzburger Tagung der nationalen Opposition zur ganz unzweideutigen und unbedingten Parole gemacht. Man erklärt sich bereit, die Regierung und damit die Verantwortung im Reich und in den Ländern zu übernehmen, verlangt aber — um parlamentarisch den Weg frei zu bekommen — die Auflösung aller Volksvertretungen, wo eine Mehrheit der Rechten nicht besteht, vor allem des Reichstages und des Preußischen Landtages —, weil diese Parlamente dem heutigen Volkswillen nicht mehr entsprechen. Gleichzeitig wird der Reichspräsident erfuhr, durch Berufung einer rechts-politisch zusammengefügten Regierung einen Kurswechsel verhindern; darüber hinaus werden aber die nationalsozialistische Fraktion und die Deutschnationalen im Reichstag den Antrag stellen, den Reichspräsidenten um Auflösung dieses Parlaments und um Anerkennung der Neuwahl für den 8. November zu ersuchen. Hinzu treten die Anträge auf Auflösung aller Notverordnungen seit Februar d. J. und Sperzung der Polizeilastenzuschüsse des Reiches an Preußen. Die beiden Fraktionen der Rechten werden, was übrigens in Harzburg schon durch gemeinsame Sitzungen zum Ausdruck kam, den Kampf gegen Brüning einhellig führen, bis man zum Ziel gelangt ist.

Dass nun der Reichskanzler dieser unzweideutigen und unbedingten Kursfrage, die eine Zusammenfassung der von den rechtsliegenden Parteien und Verbänden bisher geforderte Proklamation ist, ebenso unzweideutig und unbedingt entgegenstreben wird, läßt sich angehört der Schärfe dieses Ansturms erwarten. Für Dr. Brüning geht es sozusagen „um's Dasein“, und zwar nicht bloß in seiner Stellung als Leiter der deutschen Politik, sondern um die Möglichkeit selbst, diese Politik fortzuentwickeln. Oder, wenn man will, darum, sich durch einen Kurswechsel diese Politik nicht gefährden zu lassen. Bei seinem Gegenangriff werden wohl besonders stark die außen- und die wirtschaftspolitischen Argumente ins Feld geführt werden. Schließlich sind das ja auch die einzigen, die im Reichstag überhaupt noch irgendwelche Wirkungen ausüben und einen Eindruck machen können, so daß sie nicht ganz ohne Einfluß auf die Entscheidung bleiben. Zudem, also partei-politisch, durch die Harzburger Tagung sozusagen ein Schlussstrich oder vielmehr eine starke Trennungslinie gezogen worden. Darüber hinweg hat man sich einander nichts Neues mehr oder anderes zu sagen, hüben wie drüben. Aber ebenso möglich ist es, daß die in Harzburg gehaltenen Reden und dort gefassten Beschlüsse auch die Kräfte, die hinter Brüning stehen oder ihm näher, nun zu einer festen Abwehrfront zusammenfügen. Länge wird es nicht dauern, bis auch das deutsche Volk sehen wird, wer der Sieger und wer der Unterlegene ist.

Abonnieren Sie das Wilsdruffer Tageblatt!

Vor Brünings Regierungserklärung.

Eine hochpolitische Woche.

Eine Reihe wichtiger innen- und außenpolitischer Ereignisse drücken dieser Woche den Stempel einer hochpolitischen auf. Nach mehrmonatiger Pause tritt der Reichstag am Dienstag wieder zusammen, um eine große Regierungserklärung entgegenzunehmen, in der der Reichskanzler seine bisherige Politik verteidigen und begründen und in großen Zügen die Richtlinien für das kommende Winterprogramm aufzeigen wird. Nach der Kanzlerrede wird sich der Reichstag wahrscheinlich am Mittwoch vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu den Erklärungen Stellung zu nehmen. Der Reichstagssaal hat inzwischen wieder reges Leben eingesetzt. Es waren aus allen Lagern die Abgeordneten eingetroffen, die neben der politischen Lage insbesondere auch den Verlauf der Harzburger Tagung besprochen. Der ganze Vortag der Reichstagssitzung war im wesentlichen mit Sitzungen verschiedener Fraktionen ausgeschüttet, die aber zu abschließenden Ergebnissen nicht führten konnten, da man natürlich erst den Inhalt der Regierungserklärung kennenlernen mußte. So lunden Fraktionssitzungen des Christlichsozialen Volksdienstes und der Konservativen sowie der Bayerischen Volkspartei statt, die ihre Beratungen und Forderungen auf Änderung der letzten Notverordnung weiterführten. Ferner traten die Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten zusammen. Der Altesterrat des Reichstages stellte den Gesamtplan für die kommenden Volksitzungen auf. Man rechnet damit, daß sich die Aussprache über Regierungserklärung, Notverordnungen usw. bis Freitag hinziehen und entscheidende Abstimmungen vorher nicht erfolgen werden.

Als zweites wichtiges Ereignis ist der Wiederaufzuruf des Preußischen Landtages zu nennen. Bei dem engen Zusammenhang, den die Politik Preußens mit der des Reiches jetzt genommen hat, werden die Verhandlungen des Preußensparlaments eine weit über das rein preußische Interesse hinausgehende Bedeutung gewinnen.

Zu Genf tritt der Völkerbundrat zu einer Sondertagung zusammen, die durch die Zuspiitung des chinesisch-japanischen Konflikts in der Mandchurie notwendig geworden ist, wo die Intervention des Völkerbundes bisher keinen Erfolg gezeigt hat. Japan hat das Eingreifen des Völkerbundes strikt abgelehnt, weil es der Auffassung ist, daß der Völkerbund keine genügende Kenntnis der geschichtlichen Zusammenhänge in der mandchurischen Frage habe.

Brüning sucht die Entscheidung.

Das Zentrum hinter Brüning.

Die Zentrumstraktion des Reichstages befasste sich mit der politischen Lage. Die Aussprache ergab, daß die Fraktion nach wie vor hinter Reichskanzler Brüning steht und entschlossen ist, ihn und seine Politik rücksichtlos zu unterstützen.

Aber die Verhandlungen der Zentrumstraktion des Reichstages verlauten noch, daß der Vorsitzende Dr. Petritius dem Reichskanzler sowie den Zentrumministern der Reichsregierung für ihre unermüdliche Tätigkeit den Dank der Fraktion ausspricht. Er würdigte insbesondere die Verdienste der Minister Dr. Wirth und v. Gustedt sowie ihre große Opferbereitschaft bei der Durchsetzung größerer politischer Aufgaben. Der Reichskanzler schloß sich diesem Ton an mit Worten der Anerkennung an. Er gab dann einen ausführlichen Bericht über die politische Lage und schloß mit der Forderung, daß die Entscheidung des Parlaments in dieser politisch schweren und bedeutungsvollen Stunde unbedingt herbeigeführt werden müsse. Sollte sie aus wie sie wolle,

Keine Rundfunkübertragung der Kanzlerrede.

Die Beschlüsse des Altesterrats

Der Altesterrat des Reichstages hielt unter starker Beteiligung aller Parteien, auch der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten, eine Sitzung ab, in der der Plan für die nächsten Reichstagsitzungen festgelegt wurde. Es wurde beschlossen, am Dienstag nach der Rede des Reichskanzlers den Reichstag am Mittwoch 12 Uhr zu vertagen. Am Mittwoch soll dann die Aussprache beginnen. Ob die Aussprache am Freitag schon beendet werden kann, ist noch nicht zu übersehen. Ein Antrag der Reichslandtagsgesellschaft, die Rede des Reichskanzlers durch Rundfunk zu übertragen, wurde von den Vertretern der Deutschnationalen und der Kommunisten befürwortet, die darin eine einseitige Bevorzugung der Regierung gegenüber den Parteienver-

tretern haben. Da ein solcher Antrag nur durchgeführt werden soll, wenn alle Parteien damit einverstanden sind, ist der Antrag des Rundfunks damit vom Altesterrat abgelehnt worden.

Die Reichsstaatsfraktionen rüsten sich.

Die Bayerische Volkspartei stimmt für Brüning.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat ihre Anträge zur Notverordnung formuliert, von deren Schluß sie die endgültige Sitzungsabnahme zur Notverordnung abhängig machen will. Die Abstimmungsanträge betreffen acht verschiedene Punkte der Notverordnung.

Wie zu den Fraktionssitzungen der Bayerischen Volkspartei im Reichstag noch bekannt wird, wird die Fraktion gegen einen Mitherausanspruch stimmen, weil sie den Sturz des Reichskabinetts nicht wünscht.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen

Volkspartei

hielt eine Sitzung ab, in der die politische Lage erörtert wurde. Es wurde der Beschuß gefaßt, in die Aussprache im Anschluß an die Erklärung der Reichsregierung einzutreten. Zum Redner wurde der Fraktionsvorsitzende, Abgeordneter Dr. Oberschönen, bestimmt.

Fraktionzwang bei den Sozialdemokraten?

In der sozialdemokratischen Fraktionssitzung kam eine starke Mithaltung über die Vorgänge bei und nach der Umbildung des Kabinetts zum Ausdruck, insbesondere auch über den Empfang Hitlers durch den Reichspräsidenten. Auch die Bestimmungen der Notverordnungen über die Sondergerichte und andere juristische Bestimmungen in dieser Verordnung wurden als schwer erträglich bezeichnet. Eine Reihe von Änderungsanträgen wird gestellt werden. Die endgültige Entscheidung der Fraktion — auch darüber, ob Fraktionzwang bei den Abstimmungen geübt werden soll — wird von der Regierungserklärung, vom Reichstag und von der Annahme der sozialdemokratischen Abstimmungsanträge abhängen.

Die Aussagen der Christlichsozialen.

Die Reichstagsfraktion des Christlichsozialen Volksdienstes hat nach längerer Beratung dem Reichspräsidenten durch ihren Vorsitz verschiedene Fragen bezüglich der Regierungserklärung sowie auch hinsichtlich der preußischen Personal- und Kulturpolitik vorlegen lassen. Sie hat dann den Bericht über die vorläufige Antwort des Kanzlers entgegengenommen und ihre Beratungen auf Dienstag verlängert.

Dietrich gegen Schacht.

Der Reichsfinanzminister über die Reichsfinanzen

Reichsfinanzminister Dietrich nahm vor Pressevertretern gegen verschiedene Ausführungen Stellung, die der Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht in Bad Harzburg gemacht hatte. Er wandte sich zunächst gegen die Erklärung Schachts, daß Deutschland eine Währung habe, die nicht mehr dem regulären Warenverkehr diene, sondern nur noch dazu,

die Illiquidität unserer Finanzinstitute und der öffentlichen Hand zu verbergen.

Diese Erklärung Schachts bezeichnete Dietrich mit alter Schärfe als unrichtig. Die Reichsbank sei der öffentlichen Finanzwirtschaft, insbesondere dem Reich, niemals zu Hilfe gekommen. Das Reich habe seinen Pfennig bei der Reichsbank geborgt. Dies sei auch allgemein bekannt. Um die Illiquidität der Dresden Bank, der Danatbank, der Sparkassen und anderer Banken zu beheben, sei so die Alzeybank mit einem Aktienkapital von 200 Millionen Mark gegründet worden. Im übrigen sei darauf hinzuweisen, daß die Finanzwirtschaft des Reiches nicht so schlecht sein könne, wie das Schacht dargestellt habe, da das Reich

287 Millionen Mark schwedende Schulden

allein bis zum 1. Oktober bereits zurückgezahlt habe. Die Äußerung Schachts, daß der Reichsfinanzminister nicht zu sagen wisse, wovon die öffentliche Hand die nächsten Monate und Wochen weiterleben sollte, sei unverantwortlich. Der Reichsfinanzminister wisse sehr wohl, wie er weiterkommen sollte. Schwierigkeiten bestünden allein bei den Gemeinden. Diese würden in der Öffentlichkeit

welt übertrieben,

zumal von den insgesamt etwa 55 000 Gemeinden nur bei 2000 bis 3000 Schwierigkeiten beständen. Es sei im übrigen festzustellen, daß eine ganze Reihe von Gemeinden, die für den 1. Oktober das Reich um Unterstützung ersucht hätten, auch ohne diese Unterstützung ihren Verpflichtungen am 1. Oktober pünktlich nachgekommen seien. Zu der Erklärung Schachts, daß

die auswärtige Verschuldung Deutschlands wesentlich höher als im Baseler Bericht angegeben sei, wies der Reichsfinanzminister darauf hin, daß es sich bei den Auslandsverpflichtungen der deutschen Privatwirtschaft um außerordentlich schwierige Feststellungen handele, die noch nicht abgeschlossen seien. Da Schacht bis vor einhalb Jahr noch Reichsbankpräsident gewesen sei, so wäre es seine Aufgabe gewesen, die Höhe der deutschen Auslandsverschuldung zu untersuchen. Die Verschuldung (vor allem die kurzfristige) sei tatsächlich höher, als die Reichsregierung und die Reichsbank bisher angenommen hätten. Es sei deshalb durch Notverordnung aufgesfordert worden, die Auslandschulden anzugeben.

Zu der Auflösung Schachs, man sage nicht, daß das Reichsbankportefeuille nur noch

zu einem Bruchteil aus reichsbankfähigen Wechseln bestehe,

und daß man in die Berechnung der Golddeckung einige 100 Millionen geliehene Devisen einbeziehe, die in Kürze fällig seien, erklärte Dietrich, daß die Devisenlage der Reichsbank niemals verschleiert worden sei. Der Reichsbankausweis habe regelmäßig die Angaben über die Diskontierung der Wechsel enthalten.

Abschließend wandte sich Dietrich

gegen die Nervosität,

die in der Bevölkerung herrsche. Zu einer solchen Nervosität steige nicht der mindeste Anlaß vor, da Deutschland einen Überschuss an wichtigsten Verbrauchsmittern (Brot, Fleisch, Kohle, Buder usw.) habe, die ausreichen, um das Volk bis ins nächste Jahr zu versorgen. Er bedauerte im übrigen, daß er gezwingt sei, gegen Dr. Schacht eine derartige Erklärung abzugeben zu müssen, mit dem er jahrelang in bestem Einvernehmen zusammengetarbeitet habe.

Was die Reichsbank erklärt.

Die Reichsbank teilt zu den Ausführungen Schachts mit, daß die in der Rede erwähnten Dinge, sowohl wie den Tatsachen entsprachen, der Öffentlichkeit niemals vorenthalten werden seien.

Die Inanspruchnahme eines Rediscountkredites zur Auffüllung des Gold- und Devisenbestandes entspricht der internationalen Übung gegenseitiger Unterstützung seitens der Notenbanken. Die Überprüfung der Auslandsverschuldung sei zwar noch nicht ganz abgeschlossen, habe aber tatsächlich etwas höhere Zahlen ergeben. Die Reichsbank weiß weiter darauf hin, daß der Öffentlichkeit ebenfalls bekannt sei, daß ein Teil der Wechsel der Reichsbankportefeuilles

Hinanzwechsel und nicht Warenwechsel

sei. Diese Finanzwechsel würden sich automatisch vermindern, sobald die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nach Überwindung der augenblicklichen Wirtschaftskrise sich wieder erhöht habe.

Was Dr. Schacht sagt.

Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht äußerte sich diesen Ausführungen gegenüber, daß diese Auslassungen der Reichsbank im Grunde ja nur das gleiche besagten, was er in Hitzburg ausgeführt habe. Die Ausregung, die seine Rede vielfach hervorgerufen habe, sei ihm völlig unverständlich.

Der Rediscountkredit verlängert.

100 Millionen drei Monate gesundet.

Der Verwaltungsrat der B.I.Z. in Basel hat den 100-Millionen-Rediscountkredit an die Deutsche Reichsbank, der momentan am 6. November abläuft, um weitere drei Monate verlängert.

Rücktrittsgesuch des preußischen Finanzministers.

Höpfer-Aßhoff kann neue Mehrausgaben nicht verantworten.

Der preußische Finanzminister Höpfer-Aßhoff hat in einem Schreiben an den Innensenator Severing, der zuletzt den erkrankten preußischen Ministerpräsidenten vertreten, um seinen Rücktritt nachgefragt. Der Rücktritt dürfte auf den Beschluss der preußischen Regierung zurückgehen, die Ausbildungssperre für die Beamten wieder aufzuhoben, wobei der Finanzminister seinen Gegenwert sieht, ferner aber auch darauf, daß am Montag der Minister im Landtagssitzung überstimmt worden ist.

Der Ausschuss hatte beschlossen, daß der preußische Staat den Sparlappen- und Giroverbänden weitere Summen zur Verfügung stellen sollte, und diesem Beschluss war das preußische Kabinett beigetreten. Der Finanzminister hat allem Anschein nach geglaubt, die Verantwortung hierfür nicht tragen zu können.

Ein eigenartiger Tauschvorschlag.

Englische Schlachtschiffe gegen amerikanischen Schuldennachlass. Abrüstung und Schulden sind in Amerika angesichts des bevorstehenden Besuchs Laval's und Grandis das Tagessprach. Es verstärkt sich immer mehr der Eindruck, daß die amerikanische Regierung die Schuldenrevision mit der Einschränkung der Abflüsse und einem Klotzenhausjahr verbinden wird.

Außerordentlich interessant ist in diesem Zusammenhang ein in amerikanischen Kreisen bereits verschiedentlich geäußelter Vorschlag, daß Großbritannien einen Teil seiner Schlachtschiff-Klotze an die Vereinigten Staaten abtreten solle, wofür Amerika seinerseits einen entsprechenden Schuldennachlass gewähren werde.

Der wackelnde Goldstandard.

Ablehnung von der starken Goldpolitik.

Der Verwaltungsrat der B.I.Z. hat seine Beratungen abgeschlossen. Um zu vermeiden, daß durch weitere Deviseneinschränkungen der gesamte Devisenhandel allmählich erdrosselt wird, und Handel und Wandel lahmgelassen werden, wurde die Direction der B.I.Z. vom Verwaltungsrat ermächtigt, die Vertreter derjenigen Zentralbanken, die solche Verordnungen erlassen haben, dennoch zu einer Konferenz nach Basel einzuberufen. Die Frage der

Weibehaltung der Goldwährung wurde gleichfalls eingehend erörtert. Die Mehrheit des Verwaltungsrates hielt das Festhalten an der reinen Gold-

währung im Hinblick auf die ungesunden Goldausspeicherungen namentlich in Frankreich, der Schweiz und Holland für unzweckmäßig, da sie zur Schwächung der Kreditbasis führe und sprach sich für die Weibehaltung der Gold-Devisenwährung aus, wie sie ja auch in Deutschland gehandhabt wird.

Aufhebung des Goldstandards in Finnland.

Die Aufhebung des Goldstandards in Finnland ist geschlossen worden. Gleichzeitig wurde der Beschluss geajt, Zusatzbestimmungen zu erlassen, wonach die Regierung ermächtigt wird, bis zu einem gewissen Zeitpunkt die Bank von der Goldeinführungspflicht zu befreien. Der Diskonttag ist auf 9 Prozent erhöht worden. Nach einem weiteren Beschluss der zuständigen Reichstagsvertreter ist der Walutahandel wieder freigegeben worden. Die Folge davon war, daß alle Devisen um etwa 25 Prozent stiegen.

Denissenkonferenz von der B.I.Z. beschlossen

Basel, 12. Oktober. Der Verwaltungsrat der B.I.Z. hat am Montag nachmittag seine Beratungen abgeschlossen. Einen breiten Raum nahm in den Verhandlungen die Beurteilung der allgemeinen Währungslage ein, wobei auch auf die ungünstigen Auswirkungen der Devisenverordnungen hingewiesen wurde. Um zu verhindern, daß durch weitere Deviseneinschränkungen der gesamte Devisenhandel allmählich erdrosselt wird und gleichzeitig Handel und Wandel lahmgelassen werden, wurde die Direction der B.I.Z. vom Verwaltungsrat ermächtigt, die Vertreter derjenigen Zentralbanken, die solche Verordnungen erlassen haben, dennoch zu einer Konferenz nach Basel einzuberufen. Es sollen Wege gesucht werden, um die verschiedenen Devisenbestimmungen einander anzulegen. Ferner sollen Mittel gefunden werden, um die schweren Nachteile der Devisenverordnungen auszugleichen. Die B.I.Z. soll zur Vorbereitung dieser Konferenz eine Rundfrage bei den Zentralbanken der betreffenden Länder — unter anderen Deutschland, Österreich, Ungarn, die Tschechoslowakei — über die getroffenen Maßnahmen und gewisse Vorschläge zur Erminderung veranstalten.

Die Frage der Weibehaltung der Goldwährung wurde gleichfalls eingehend erörtert. Die Mehrheit des Verwaltungsrates hielt das Festhalten an der reinen Goldwährung im Hinblick auf die ungesunden Goldausspeicherungen namentlich in Frankreich, der Schweiz und Holland für unzweckmäßig, da sie zur Schwächung der Kreditbasis führe und sprach sich für die Weibehaltung der Gold-Devisenwährung aus, wie sie ja auch in Deutschland gehandhabt wird. Die Frage weiterer Kreditmaßnahmen wurde in der Schweiz gehalten ebenso die für Deutschland sehr wichtige Frage der Herabsetzung der Zinssätze für die sogenannten Stillhaltekredite, die von dem Reichsbankpräsidenten Luther in privaten Besprechungen mit den in Frage kommenden Notenbankpräsidenten angeknüpft wurde. Reichsbankpräsident Dr. Luther hat Basel bereits verlassen.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 13. Oktober 1931.

Blatt für den 14. Oktober.

Sonnenausgang 6^h Mondausgang 10^h
Sonnenuntergang 17^h Monduntergang 18^h

1919: Ratifizierung des Vertrages von Versailles durch Frankreich.

Schütze dein Heim!

Aber die Stapelung leicht brennbarer Stoffe in Dörfern. Wenn man im Herbst durch unsere Dörfer wandert, so findet man häufig in nächster Nähe von Häusern und Wirtschaftsgebäuden, ja sogar auf den Gehöften selbst in offenen Schuppen, Haufen von Stroh, Heu, Reisig, Streu und ähnliche leicht brennbarer Stoffe aufgestapelt. Das mag auf alten Überlieferungen und Gewohnheiten beruhen, ist aber nicht allein höchst feuergefährlich, sondern unter Umständen auch strafbar.

Wie leicht kann ein achlos fortgeworfenes oder noch glimmendes Streichholz einen solchen Haufen in Brand setzen! Für die Flammen ist dann der Sprung aufs Dachdach eine Kleinigkeit, und schon lodern sie dort hoch und vernichten wertvolles Gut, unter Umständen Menschen- und Tierleben. Auch für spielende Kinder sind solche Haufen ein sehr gefährlicher Anziehungspunkt, und schon manches Unwesen ist dem Kinderspiel mit Streichhölzern zum Opfer gefallen.

Bedenkt man ferner, daß in geschlossenen Dörfern aus einem solchen Brände ganz leicht ein verheerender Ortsbrand werden kann, so bedarf es seines weiteren Beweises mehr für die Notwendigkeit, diese feuergefährliche Lagerung von leicht brennbaren Materialien in der Nähe von Gebäuden energisch zu bekämpfen. Seitens der Behörden geschieht das auch. So ist z. B. für die Lagerung von Heu, Stroh- und Korndielen usw. im allgemeinen eine Mindestentfernung von dreißig Metern von Gebäuden und öffentlichen Wegen polizeilich vorgeschrieben.

Dass die Polizeivorgänge auf Juwiderhandlungen gegen diese Vorrichtungen ein wachsame Augen haben, ist wohl selbstverständlich, sollte wenigstens keiner Frage bedürfen. Aber der gegen diese Polizeivorschriften Verstoßende läuft nicht allein Gefahr, bestraft zu werden, ihn trifft noch eine weit härtere Strafe, wenn durch die Fahrlässigkeit ein Brand entsteht. In solchen Fällen kann der Brandbeschädigte trotz Versicherung zum armen Manne werden, denn bei so großfahrlässiger Nichtbeachtung der Polizeivorschriften weigert sich meist mit Recht die Versicherungsgesellschaften, die Entschädigung auszuzaubern. Wer sich also vor unermäßlichen Schaden schützen will, achtet darauf, daß in der Nähe eines Anwesens feuergefährliche Stoffe nicht gelagert werden.

Michaelisferien! Die hiesigen Schulen schlossen mittag ihre Pforten, um die liebe Jugend bis zum 2. November frei zu lassen. Das ist länger als üblich. Einmal sind die Herbstferien in Wilsdruff immer länger als in anderen Städten, weil die Sommerferien hier auf Beendigung des Schulabschlusses eine längere Dauer aufweisen. In diesem Jahre kommt noch der Spätherbst der Staatsregierung hinzu, der umfassende Kündungen in der Schulorganisation anordnet und nun für die einzelnen Schulen erst sinngemäß ausgearbeitet werden muss. Es bringt auch für Wilsdruff verschiedene Einschränkungen, die recht bedauerlich sind. Aber die Jugend macht sich keine Gedanken darüber. Sie freut sich vielmehr der schönen Herbsttage, die wir jetzt haben. Hoffentlich halten sie noch eine Weile an, damit nach guter Erholung dann das Pensum möglichst ausgleichen werden kann, das uns zeitlich durch die Not unserer Tage auferlegt wurde.

Der Bürgerverein veranstaltete gestern abend im Löwen unter Leitung von Rechtsanwalt Hofmann einen Vortragsabend mit Ehndius Tögel als Redner. Nach der Begrüßung der zahlreich erschienenen Freunde des Vorsitzenden nahm Ehndius Tögel das Wort zu seinem Vortrage:

„Der Kampf um das Erbe des Freiherrn vom Stein.“

Wir stehen, so führt er u. a. aus, vor außerordentlichen Entscheidungen. So wie bisher geht es nicht lange weiter. Man glaubt vielfach, es handelt sich in Deutschland um eine Wirtschaftskrise, die international bedingt ist. Das ist falsch. Was sich in Deutschland abspielt, ist eine Staatskrise ersten Ranges. Sie ist auf dem Höhepunkt angelangt und es handelt sich nun darum, ob die notwendigen Kräfte noch vorhanden sind, das Steuerwunder der Regierung noch zur Geltung heranzzuwerken. Die Entwicklung seit vorigem Jahr führte uns auf schwierigen Leidensweg vom alten zum gewollten neuen Staat, vom organischen Bundesstaat zum mechanistischen Zentralstaat, zerstörte die Bismarcksche Reichsorganisation und die Stein'sche Selbstverwaltung. Stein legte die Not seines Staates auf die Schultern des ganzen Volkes, organisierte den Staat von unten herauf, lehrte ihn an der Seele des deutschen Menschen an. Er hat durch Kriegs- und Hungerjahre durchgehalten, aber ist heute in Gefahr, von innen heraus zu sterben. Der erste Marktstein auf diesem Wege ist die Notverordnung der Reichsregierung zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden, in der der schwerwiegende Sach steht: die Länderregierungen sind dabei an seine Verfassung gebunden. Damit ist der Organismus des Bismarckschen Reiches zerbrochen. Die Länder sind abhängig von den Weisungen der zentralistischen Regierung in Berlin. Der zweite Marktstein ist die Notverordnung vom 5. Juni, die das Selbstverwaltungrecht der Gemeinden aufhebt. Amts- und Kreishauptmannschaften bestimmen Gemeinde- und Bezirksparlamente werden zu politischen Debattierclubs. Freiheit vom Stein befürte einst den Regierungskommissar und setzte den Bürgermeister ein, jetzt wurde der Bürgermeister beseitigt und der Regierungskommissar ist wieder da. Auch die sächsische Notverordnung ist aus einem Geiste geboren, der an dem zerbrochenen System festhielt. Bei der Wiederkehr des Geburtstages des Freiherrn vom Stein können sich die offiziellen Regierungsführer nicht genug tun in der Verherrlichung seines Werkes, das sie entzerrten, und lürzlich setzte man in Sachsen das 100jährige Bestehen der Verfassung und dabei hat man seine Verfassung mehr. Der erste Totengräber an der Stein'schen Selbstverwaltung war Matthias Erzberger, der mit seiner Reichsfinanzreform die Zentralisation auf die Spitze trieb, alle Lebensbeziehungen zerstört und auf dem Mechanismus aufbaute. Das hatte zur Folge, daß jeder Stosz, der das Reich trifft, hinunter geleitet wird bis in die letzte Gemeinde. Was man in Berlin formt, ist wohl auf dem Papier richtig, aber im Leben stimmt es nicht, weil sich das Leben nicht in Paragraphen zwingen läßt. Dabei hat die Zentralisation nicht einmal einen Ausgleich schaffen können zwischen Gebieten großer und geringerer Not. Mit Absicht hat man 1918 die freiwillige Bobahnspflege zerstört und das Volk in zwei rentenempfängende und steuerzahlende Teile geteilt. Der erste schwoll im Laufe der Jahre immer mehr an, der letzte wurde immer weniger. Da wußte der Mechanismus auch auf diesem Gebiete keinen anderen Ausweg als höhere Beiträge, höhere Steuern. Heute ist nun die ganze Sozialgelehrtegangen bankrott. Auch der ganze Schulausbau wurde überspannt. Die sächsische Notverordnung bringt nun weitgehende Eingriffe in gesetzgeberischer und persönlicher Art. Wenn wir das ganze System vorüberziehen lassen, so ergibt sich der vollkommene Bankrott in jeder Beziehung. Wir befinden uns in einer Auflösung der inneren Kräfte. Und aus allem ist nur die eine Folgerung zu ziehen: mit leidenschaftlicher Energie alles dämpfen, was dazu dient, dieses System am Leben zu erhalten. Jeder Tag setzt den bisherigen Verstörungen neue hinzu. Wir stehen vor dem Entscheid — Oder! Entscheidet wir geben unter im Bolschewismus, oder auferstehen in einem Staat, der bewußt anknüpft an die deutsche Vergangenheit und bewußt in Rechnung stellt den deutschen Menschen. Helft jeder mit, der deutschen Not zu steuern! — Der lebhaften Zustimmungsfunde sorgte Rechtsanwalt Hofmann noch besondere Worte des Dankes für die Ausführungen an. Eine Aussprache wurde nicht degeht. Unter Beschiedenem gab der Vorsitzende einen Abriss der Arbeiten der Bürgerlichen Stadtverordnetenfraktion und behandelte weiter eine Eingabe der Landwirtschaftlichen Schule für Mädchen, in der um weiteres reges Interesse für die Schule und um Unterstützung gebeten wird. Nachdem Schultrektor Thommas warm für die Schule eingetreten war und auf die Machinationen bestimmter Personen hingewiesen hatte, die den Besitz der Schule gefährden könnten, wurde der Vorstand beauftragt, Schritte dagegen zu unternehmen und auf jede Weise zu verhindern, die Schule zu erhalten und zu fördern.

Obst-, Feld- und Gartenfrüchte-Ausstellung im „Adler“. Anlässlich der Deutschen Woche veranstaltete der Landwirtschaftliche Verein, der Landw. Hausfrauenverein und der Beiztobstbauverein Wilsdruff morgen nachmittag im „Adler“ eine Ausstellung von Obst-, Feld- und Gartenfrüchten, die ein anschauliches und einladendes Bild von der Leistungsfähigkeit des heimischen Obst- und Gartenbaus geben soll. Vorm. 9 Uhr wird im „Löwen“ ein Kursus über Obstpflege, Obstproduktion und -verwertung abgehalten, der für alle Interessenten offen ist. Nachmittags 3 Uhr findet im „Adler“ eine gemeinsame Versammlung der genannten Vereine statt, in der Landwirtschaftsrat Lindenbergs Plauen einen Vortrag über Obstsorten, -pflege und -verwertung hält. Auch die Schülerinnen der Landw. Haushaltungsschule werden für den Verbrauch deutscher Ware durch eine Aufführung. Zum Belust der Ausstellung werden im besonderen auch die städtischen Hausfrauen eingeladen.

Ihren 70. Geburtstag kann morgen Mittwoch in erfreulicher Frische und Rüstigkeit wie bei allen ihren früheren Schülern in Wilsdruff und Rausbach sich größter Beliebtheit erfreuende Handarbeitslehrerin i. R. Da Preußer begegnen. Den Wünschen für einen sonnigen Feierabend fügen wir ebenso herzliche an.

Die Schülensameraden werden auch hierdurch auf den Schülerversammlung morgen Mittwoch bei Kamerad Tröber in Limbach hingewiesen. (Vgl. Inf.)

Die neuen Einheitswerte für bebauten Grundstücke. Die Landesfinanzämter Dresden und Leipzig veröffentlichten neuerlich die Verordnung über die neuen Einheitswerte für bebauten Grundstücke. Es werden darnach insgesamt sechs Ortsgruppen gebildet, deren erste die Großstädte umfaßt. Bei den bebauten Grundstücken desbezüglich vier Hauptgruppen für Villen, Geschäftsgrundstücke, gemischte und Dienstwohngroundstücke. Die Bewertung der Grundstücke erfolgt mit einem Vielsachen der Jahresstromite. Bei der Bewertung seines Grundstückes erreichbar will also zunächst den Bezirk (Ortsgruppe) aufzusuchen, in dem der Ort liegt, dann die Gruppe festzustellen, in die das Grund-

städ gehört, und dann die Jahresohmiete mit der Zahl zu multiplizieren, die für den betreffenden Bezirk und die Grundstücksgruppe angegeben ist. Für Villen ist noch eine Sonderbestimmung getroffen worden.

Einheitliche Bekanntgabe von Zugverträgen. Die bisher gebräuchlichen Aushänge über das Abreisen zu den Bägen („In dieser Station wird nicht abgerufen“ oder „Zum Einsteigen wird nicht abgerufen“ und ähnliche) sollen in Zukunft für das ganze Reichsbahngesetz durch einen einheitlichen Aushang ersetzt werden. Der neue Aushang wird folgenden Wortlaut haben: „Abgerufen wird nur zu den Bägen, die als ver- spätet bekanntgegeben worden sind.“

Riessige Kapsel und Birnen, wie man sie auch in diesem Jahre häufig beobachtet, sind die Früchte von Schorfkrankten Bäumen. Der Schorfspilz ruft auf den jungen Früchten zunächst braunliche Flecke hervor, die oft mit einem grünlich-schwarzen Schimmel bedeckt sind. Da das Gewebe an diesen Stellen abgestorben ist, kann es dem Wachstum der übrigen Teile nicht folgen und reicht schließlich ein. Wer die Ausbildung solcher Früchte verhindern will, muss seine Obstbäume von der Schorfkrankheit zu heilen versuchen. Auskunft darüber erteilt die Staatsliche Hauptstelle für Pflanzenbaukultus, Dresden-A 16, gegen Einsendung des einfachen Briefportos.

Grumbach. Die Freiwillige Feuerwehr hatte am Sonnabend abend 16 Uhr die letzte diesjährige Übung. Gleichzeitig war hierzu die Pflichtfeuerwehr bestellt. Bürgermeister Umlauf regte an, dass es auch von Interesse sei, wenn die Pflichtfeuerwehr allein mit der Spritze eine Löscharbeit vornehmen würde. Der Spritzenzugführer der Freiwilligen Wehr gab in erster Linie Instruktion darüber, auch wurde von der Freiwilligen Wehr die Arbeit praktisch vorgeführt. Bei der Ausführung konnte man dann beobachten, dass die Leistungen gut waren, was auch bei der Aussprache darüber durch Bürgermeister Umlauf zum Ausdruck kam. Hauptmann Beyer ermahnte beide Wehren, weiterhin zusammenzuhalten zu Nutz und Frommen unserer Heimatgemeinde Grumbach. Er besprach noch die Alarmsignale für beide Wehren, wöhrend von einem Samariter Erschütterungen gegeben wurden über Rettungsversuche bei Gasvergasungen. Praktische Wiederbelebungsversuche, vorgeführt von einem Sanitäter und einem Samariter, bejubelten die Leistung. Am selben Abend fand die erste diesjährige Winterversammlung im Gasthaus Paul Günther statt. Dieselbe brachte bei den verschiedenen Punkten der Tagesordnung Wissenswertes. u. a. wurde die Einladung der Freiwilligen Feuerwehr Wilsdruff zum Stiftungsfeste am 20. Oktober vorlesen und beschlossen, unsere Nachbarwehr möglichst zahlreich zu besuchen. Nach Erledigung der Tagesordnung schloss Hauptmann Beyer die Versammlung mit dem Wehrmanngruß „Gut Wehr!“

Herzogswalde. Einweisung des neuen Kantors. Am Sonntag vormittag wurde Lehrer Jäger, der vom Ministerium für Volksbildung als ständiger Lehrer nach hier berichtet worden ist, als Kanton in der Kirche vom Ortsgeistlichen, Pfarrer Lohde, in sein neues Amt eingewiesen und mit Handschlag verpflichtet. — Die offizielle Begrüßung durch den Bezirkschulrat findet in der Schule am Mittwoch, den 14. Oktober, vormittags 11 Uhr statt.

Neustadt. Oberlehrer Robert Müller 70 Jahre alt. Am heutigen 13. Oktober feiert in Coswig, wo er seinen Lebensabend verbringt, unser ehemaliger Schulleiter und Kanton Robert Müller seinen 71. Geburtstag. Er wurde in dem kleinen Gebirgsstädtchen Oberwiesenthal am Fuße des Fichtelberges als Sohn eines Bädermeisters geboren. Nach achtjährigem Besuch der Volksschule schickte ihn der Vater im Jahre 1876 auf das Lehrerseminar nach Annaberg. Seine erste Anstellung fand er 1883 als Bistur in Geyer. 1890 übernahm er das Amt eines dirigierenden Lehrers in Morbach im Fichtelgebirge. Nach einundzwanzigjähriger Amtstätigkeit wechselte er noch einmal seine Stellung und folgte seiner Wahl als Kanton und Schulleiter in unsere Gemeinde. Seit 1925 lebt er nach dreißigjähriger treuer Pflichterfüllung als Oberlehrer i. R. in Coswig (Bez. Dresden). Das Glück fand er seit seinen jungen Jahren in den Bergen und Tälern seiner schönen Heimat. Mit ihr verwuchs er aufs innigste und lernte deren Bewohner in all ihren Sitten und Bräuchen kennen. Und diese Erfahrungen begann er schon als Seminarist in der Mundart seiner Heimat dialektisch wiederzugeben. Als ihn dann der Beruf immer mehr ins Leben hineinführte, fand er auch reichlich Stoff zu allerlei Erzählungen und Gesichten aus dem Leben und Treiben des erzgebirgischen Volksstammes. Die Gedichte, Bilder und Erzählungen atmen herzerquickende Schlichtheit, gesunde Natürlichkeit und warme Empfindung. In zahlreichen Vereinen hat er durch Vorträge und Weihnachtsfestspiele das Interesse an der erzgebirgischen Heimat in weiten Kreisen der Bevölkerung unserer Sachsenlands wachgerufen. Aber auch auf dem Gebiete der Wohlfahrt und der Volksziehung hat Robert Müller in außergewöhnlicher Weise gewirkt. Viele Frauenvereine danken ihm ihre Entstehung. Der Ehrenbrief der Deutschen Turnerschaft und viele andere Auszeichnungen, die er besitzt, zeugen von der Wertschätzung, die man dem Jubilar entgegenbringt. Der 71. Geburtstag des aufrechten und treuherzigen Mannes gibt auch seinen liebsten Freunden und Bekannten Veranlassung, seiner zu gedenken. Glückwünsche in großer Zahl werden ihm auch von hier aus zugehen.

Neustadt. Das Reichsbanner kommt! So lautete die geradezu übertriebene Rellame an fast jedem Telefonmast und die Befinnungsgenossen wurden zu einem Stelldeich auf die Straße, an die Gaststätte geladen, wo Regierungsrat Haufe, Reinboth, Hennig und Landtagsabgeordneter Schleinitz Ansprüche an die werktätigen Massen richteten wollten. Doch man erledigte eine schwere Enttäuschung. Außer den mitgebrachten unentwegten ungefähr vierzig Mann Reichsbannerleuten hatte der Redner, Genosse Reinboth, lediglich an jedem der Versammlungsplätze wenige seiner treuen Republikaner zu begrüßen. In kurzen Worten mahnte er zur Geduld, denn bald würde das Leben in Freiheit und Frieden beginnen. Das Reichsbanner steht „Fahrer bei Fah“ zum Schutz der Republik. Die flache Verantwortung zeigte, wie wenig Sympathie unter den rund dreihundert Wahlberechtigten für das Reichsbanner vorhanden war.

Kirchennotizen

Wilsdruff. Mittwoch 9 Uhr Wochencommunion. Abends 8 Uhr Jungfrauenverein.

Vereinskalender

Kirchenchor. Dienstag „Love“. Domänenpächterverein. Dienstag Vortrag „Tonhalle“. Fechtverein Wilsdruff. Mittwoch Mitgliederversammlung. Turnverein D. T. 17. Oktober Monatsversammlung. Verein ehemaliger landwirtschaftl. Schülerinnen. 15. Oktober Versammlung.

Wetterbericht

Vorbericht der Sächsischen Landeswetterwarte für den 14. Oktober: Verbreitet, besonders am Morgen, dünnig oder Nebel, wolbig bis zeitweise dicht. Vorübergehend geringfügige Niederschläge als Nebel (Nebelsiel, Schneebogen), vorwiegend auf das Gebirge beschränkt. Tagestemperaturen etwas höher. Temperaturrückgang, nachts allgemein kühl, zeitweise unter 5 Grad. Vertieflich Bodenrost möglich, tagsüber in der Ebene noch verschöniglich mild. Schwäche, in freieren Gebietsslagen vorübergehend etwas aufstrebende Winde, anfangs aus südlichen, später meist aus westlichen Richtungen.

Briefe unserer Leser

Zum Heftkonzert der Städtischen Oberschule.

Am Sonnabend durfte ich in Wilsdruff einen wirklich genugreichen, ja recht erhebenden Abend mit erleben, was aber außerordentlich enttäuscht, da abgesehen davon, dass der Besuch im allgemeinen zu wünschen übrig ließ, was man heute gern mit der wirtschaftlichen Lage zu entschuldigen vermag, die führenden Herrschaften, so weit ich als Auswärter zu übersehen vermochte, wohl aller Gedanke nicht, oder etwa stillvertreten erschienen waren.

Ich habe das Gefühl mit nach Hause genommen, dass die Herrschaften sich hier zunächst unantastbar gegenüber den in die Ewigkeit abgerufenen ehrenwerten Bürgern und Förderern der Musikschule, deren einem man oft vor wenigen Wochen, von allen Seiten mit Recht, ein „Andergleich“ nachrief, erwiesen haben. Sollte nicht aber die Stadt Wilsdruff neben den artigen Pflichten der Danzbarkeit auch ihrer Musikschule selbst einen Dank schulden?

Wird es in Wilsdruff noch ein Unternehmen geben, welches mehr als die, mit bobem, unserem Geschlecht leider verloren gegangenem Idealismus geleitete Musikschule geeignet wäre, Wilsdruffs Anliegen nach außen zu heben?

Hier wirkt Idealismus sicher segenstreicher als die in unferen Tagen fröhlich oft sich vielfach recht breitmachende moderne Geschäftstüchtigkeit. Mich hat dies Erlebnis geschmerzt. —

Sachsen und Nachbarschaft

Schmiedeberg, Bez. Dresden. Am 8. Oktober fand unter reger Anteilnahme der Verbandsmitglieder im „Altenberger Hof“ Schmiedeberg die vierjährige Jahreshauptversammlung des Keglerverbandes Schmiedeberg (Bez. Dresden) und Umgegend statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Verbandsvorsitzende Carl Schröder mit ehrenden Worte der im Laufe des Verbandsjahres verstorbene Verbandsmitglieder. Anschließend gab der Vorsitzende einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Verbandes im vergangenen Geschäftsjahr. Der Kassenbericht wurde vom Regelbruder Arnold vorgetragen. Da von beiden Kassenprüfern keine Erinnerungen zu ziehen gewesen sind, wird dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Der Mitgliederbestand am 30. September 1931 ergab: im Deutschen Kegelbunde 51 Männer, in der Begründsklasse des Sächsischen Kegelbundes 48 Männer, 22 Frauen, in der Begründsklasse des Deutschen Kegelbundes außerdem 7 Männer, 5 Frauen. — Verbandsportwart Dietrich gab einen interessanten Sportbericht über die sportlichen Veranstaltungen im Verband und im Bund. Dem Sportwart, Kassierer und Vorsitzenden wurde der Dank des Verbandes zum Ausdruck gebracht. Sämtliche Jahrgangsgemäß austretenden Vorsitzenden, die Regelbrüder Heinz Meuthner, Hermann Malte und Lehmann wurden einstimmig wiedergewählt. Es wurde einstimmig beschlossen, am 31. Oktober und 1. November 1931 das vorge sehene Klubpreisregeln in der Buschmühle abzuholen. Um Meinungsverschiedenheiten über Bewertungen der Würze für ein Diplom u. Erörterung eines Keglers im Verband aus dem Wege zu gehen, wird einheitlich festgelegt, dass für Diplome und Ehrungen nur folgende Würze auf eine Kugel bewertet werden: Alle Neun, acht um den König, Hamburg. Alle seit Gründung des Verbandes geschobenen Diplome sollen auf einer Bandablage, deren Ausgestaltung Regelbr. Krumpolt in liebenswürdiger Weise übernehmen will, auf der Verbandsbahn „Buschmühle“ festgehalten werden. — Palste Mitglieder haben dem Club für Bundesbeitrag und Sterbefall monatlich zwei Reichsmark zu entrichten. Ein demnächst stattfindendes Palstegeln zu welchem Regelbruder Krumpolt den Palst listet wird, soll vorbereitet werden. Nach eingehender, lebhafter Aussprache über vorliegende Angelegenheiten wird die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Dresden. Stadtrat Grüner wieder auf freiem Fuß. Wegen Aufforderung zum Aussand und anderer Straftaten war bekanntlich im August d. J. der kommunistische Stadtrat Grüner verhaftet worden. Obwohl das Verfahren weitergeht, ist Grüner jetzt aus der Haft entlassen worden.

Dresden. Raubüberfall. In der Nähe der Städter übersähe wurde ein Landwirtschaftsgehilfe nachts bewusstlos aufgefunden. Nach seinen Aussagen ist von zwei unbekannten Männern überfallen und seiner Brieftasche mit etwa 11 Mark Inhalt beraubt worden. Die Kriminalpolizei hat die Nachforschungen eingeleitet.

Pillnitz. Die Frau am Steuer. In der Nähe der Pillnitzer Mühle fuhr ein mit zwei Frauen besetztes Auto auf den Fußsteig und verlegte drei Personen, darunter eine schwer. Die Führerin des Autos ließ ihren Wagen im Stich und flüchtete mit ihrer Begleiterin.

Penig. Höher Aufwertungssatz. Der Aufwertungssatz für die bieslasse Sparklasse beträgt, wie nun mehr feststeht, 23,4 Prozent. Es fehlt jedoch noch die Genehmigung des Innenministeriums.

Gändler. Um den Bürgermeister. Die Gemeindevorordneten wählten am 9. Juli den beim Gemeindeitag tätigen Dr. Bödel zum Bürgermeister. Diese Wahl wurde von der Amtshauptmannschaft als Rücksichtsbehörde unter Berufung auf verschiedene Rücksichtsverordnungen aufgehoben. Jetzt hat das Ministerium als Staatsaufsichtsbehörde den Beschluss der Amtshauptmannschaft wieder aufgehoben, so dass der Gewählte am 16. November sein Amt antreten wird.

Meerane. Der Mieterstreit zusammengebrochen. Der Mieterstreit in den Häusern der Gemeindegemeinschaft Bau- und Siedlungsgesellschaft, der Ende September ausgebrochen war, hat ein sehr schnelles Ende gefunden. Die Mieterkommission hat die Mietsperrung abgeblasen, da mehrere Mieter der Neubauten den Beschluss der Kommission durchbrochen hätten und ihre Mieten bezahlt hätten. Inzwischen sind die Mieten fast restlos gezahlt worden.

Meerane. Tötgefahren. Der verheiratete Alfred Körner aus Göthenthal versuchte, vom Anhänger eines Lastkraftwagens während der Fahrt abzuspringen. Er stürzte dabei unter den Anhänger, von dem ihn ein Borderrad überfuhr und so schwer verletzte, dass der Tod auf der Stelle eintrat.

Rausungen. Niedergeschlagenes Verfahren. Die Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in der Nacht zum 28. Juni, wobei verschiedene Personen verletzt wurden, finden weiter keine strafrechtliche Verfolgung, da sich die Täter nicht einwandfrei feststellen lassen und die Aussagen der Zeugen nicht zu verwerfen waren.

Leitmeritz. Zum Zusammenbruch der Deutschen Volksbank in Böhmen, deren Schalter bekanntlich geschlossen wurden, und die ein Moratorium bis zum 30. Juni 1932 erhalten hatte, werden neue schwerwiegende Verfehlungen bekannt: Die Mangold-G.m.b.H. (Berlin) hat an die Volksbank eine Forderung von etwa 6,5 Millionen Kronen für einlassierte Gelder, die nicht nach Berlin abgeliefert, sondern unter allerhand Vorwänden zurückgehalten worden waren. Im Zusammenhang damit wurde der Beamte Fritz der Hauptanwalt Leitmeritz verhaftet, der früher als Kassierer in der Volksbank Leitmeritz tätig war.

Der Schweinebestand Sachsens.

Mitteilung des Statistischen Landesamtes.

Die Schweinezwischenzählungen des Jahres 1931, die Anfang März, Juni und September vorgenommen wurden, beweisen deutlich die Unentbehrlichkeit der vierteljährlichen Zwischenzählungen neben der allgemeinen Viehzählung im Dezember. Nur diese sind imstande, denjenigen Überblick über den in seiner Größe und Zusammensetzung rasch veränderlichen Schweinebestand zu liefern, den der rechnende Schweinezüchter für die planmäßige Gestaltung seiner Maßnahmen benötigt. So ergaben die drei Zwischenzählungen dieses Jahres in Sachsen, nachdem am 1. Dezember 1930 der Höchstbestand der Vorriegszeit vom Dezember 1914 in Höhe von 775 811 Schweinen fast erreicht war, einen sprunghaften Anstieg, der am 1. März schon über 800 000 Stück führte und am 1. September 854 501 Stück erreichte. Mit dieser Größe hat sich der Schweinebestand Sachsens gegenüber der Zählung vom 1. Juni 1931 um 30 173 Stück, gegenüber der Zählung vom 1. September 1930 um 105 188 Stück erhöht. Der Jahreszuwachs an Schweinen ist damit in Sachsen größer als im Reiche. Verursacht wurde er durch die Vermehrung der Herde und Jungschweine, die im vorhergehenden Jahr in Sachsen stärker war als im Reiche. So betrug vom 1. September 1930 bis zum 1. September 1931 der Zuwachs an Herden in Sachsen 12,9% Prozent, im Reiche 4,34% Prozent, der Zuwachs an acht Wochen bis noch nicht ein halbes Jahr alten Jungschweinen in Sachsen 20,17% Prozent, im Reiche 11,94% Prozent. Das im Vergleich zu Sachsen raschere Tempo der Vermehrung des Schweinebestandes im Reiche während des vergangenen Vierteljahrs wird jedoch nicht von Dauer sein, wie die Veränderungen der Bestände an Zuchtfarben zeigen. Im Laufe des letzten Jahres nahm die Zahl der trächtigen Sauen im Reiche um 9,59% Prozent ab, in Sachsen um 10,07% Prozent zu. Die beträchtliche Vermehrung der trächtigen Sauen ist in Sachsen jedoch seit der Zwischenzählung vom 1. Juni 1931 zum Stillstand gekommen, so dass ein allmählicher Rückgang der Vermehrung des jährlichen Schweinebestandes in Aussicht steht.

Forderungen des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes.

Auerbach. Der Sächsische Gemeindebeamtenbund hielt gestern in Auerbach seine Hauptversammlung ab und nahm eine Entschließung an, in der zur Wirtschaftskrisis, Finanznot und Beamtennot folgende Forderungen erhoben wurden: Ablehnung der bisherigen Finanz- und Wirtschaftspolitik, dafür planmäßige Produktions- und Wirtschaftsmaßnahmen mit dem Ziel der Wiedereinschaltung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess, Vermeidung jeder weiteren einseitigen Lastenverteilung, Steigerung der Konsumfahrt aller Verbraucherschichten, Senkung des Preisniveaus durch Verbot aller Preisbindungen, Verbilligung der Lebenshaltung durch Senkung der überhöhten Zölle, der Kreditzinsen und der Mieten, energische Bekämpfung der Kapital- und Steuerflucht, Offenlegung der Steuerlist, Bekämpfung der Sparhoesterie, die in ihren grotesken Auswirkungen das gesamte Wirtschaftsleben vernichten muß, Erhaltung und Schutz des Verkehrsbeamtenamts auf öffentlich-rechtlicher und durch die Reichsversammlung garantierter Grundlage und Unterlassung aller weiteren verfassungswidrigen Eingriffe, Erhaltung des Arbeits- und Tarifrechts im bisherigen Umfang, Wiederherstellung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden und ihrer finanziellen Selbstständigkeit und Selbstverantwortung, Durchführung einer Reichsreform und Reorganisation der Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden, Einschaltung und Hinzuzebung der Gewerkschaften einschließlich der Betriebsgewerkschaften zu allen finanz-, wirtschafts- und beamtenpolitischen Handlungen der Regierungen, sofortige Herbeiführung einer internationalen Verständigung zugunsten einer Beseitigung und Milderung aller politischen und wirtschaftlichen Verbindlichkeiten. Im übrigen stellte sich die Versammlung auf den Boden der wirtschaftspolitischen Forderungen des Deutschen Beamtenbundes.

Auch die Richter protestieren.

Vertretertag des Vereins Sächsischer Richter und Staatsanwälte.

Der Vertretertag des Vereins Sächsischer Richter und Staatsanwälte fand in Freiberg statt. Unter den Beratungsthemen nahm die durch die wiederholten Rücksichtsverordnungen geschaffene Lage einen breiten Raum ein; ferner wurden Vorträge gehalten über Fragen des gerichtlichen Nachwuchses und die Notwendigkeit der Justizreform. Die Versammlung nahm schließlich eine Entschließung an: Wir wollen die gegenwärtige Not gemeinsam mit unserem Volke tragen. Doch muss das Recht erhalten bleiben. Die Rücksichtnahmen aber erschüttern den Glauben an das Recht und stützen so schwersten Schaden. Von der sächsischen Regierung hätten wir nie erwartet, dass sie diejenigen Maßnahmen, die als Folge der gegenwärtigen Not nur vorübergehenden Charakter tragen würden, in eine zeitlich unbegrenzte und endgültige Form bringen würden. Diese Maßnahmen der Regierung haben das Dreieckverhältnis zwischen Staat und Beamtenamt erschüttert.

Wilsdruffer Tageblatt

2. Blatt Nr. 239 — Dienstag, den 13. Oktober 1931

Tagespruch.

Was Wirklichkeit dir immer für goldne Kränze fließt
Mein Volk, der Ideale Bilder stürze nicht!
Stehn ihre Tempel offen, du wolle noch dahin,
In ihrer Sternglut bade sich ewig jung der deutsche Sinn!

Der Wissel menschlicher Erkenntnis ist,
Die Richtigkeit des Jüdischen zu kennen.

Das Programm der Nationalen Opposition

Eine Bilanz der Harzburger Tagung.

In den Kreisen der Nationalen Opposition wird der Verlauf der Harzburger Tagung als ein voller Erfolg gewertet, dessen Auswirkung sich im politischen Geschehen Deutschlands unmittelbar zeigen müsse. Man sei sich vollkommen klar, daß Harzburg nicht die Aufgabe gehabt habe, eine Uniformierung der nationalen Kräfte herbeizuführen, sondern daß es der Sinn und das Ziel der Tagung gewesen sei,

die gemeinsame Marschrückung

der Parteien, Verbände und Gruppen festzulegen. Das sei gelungen. Die Tagung habe ergeben, daß die nationale Front in Wahrheit einig und geschlossen sei zur Erkämpfung des zuerst notwendigen Ziels der Machtergreifung und daß sie bereit sei, die Verantwortung, so schwer sie heute sei, zu übernehmen. Zu dieser nationalen Willensfront seien Kräfte gestoßen, die bisher abseits standen und die bisher glaubten, den Versuch einer Zusammenarbeit mit dem bestehenden System machen zu müssen. Die Nationale Opposition werde, wenn noch in der nächsten Woche, so bestimmt in ganz kurzer Frist vor die Aufgabe gestellt sein, den Staat von Grund auf

durch die eigene Kraft des Volkes neu zu bauen.

Der von der Nationalen Opposition gebildete Aktionausschuss werde seine Arbeit forsetzen und für weitere gemeinsame Schritte die notwendigen Vorbereitungen treffen.

Die angebliche Spaltung der DVP.

Nationaltagsfraktion und Parteibeschlüsse.

Die Nationalliberale Korrespondenz wendet sich gegen verschiedene Berichte, die von einer angeblichen Spaltung der Deutschen Volkspartei sprechen. Der Beschluss, das Kabinett Brüning nicht zu unterstützen, sei vom Parteivorstand und vom Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei mit starker Mehrheit gefasst worden. Die Reichstagsfraktion habe sich aus die Feststellung beschränkt, daß sie sich diese Beschlüsse zu eigen mache, ohne eine Abstimmung vorzunehmen. Es seien lediglich Vermutungen, wenn trotzdem einige Blätter die Namen von volksparteilichen Abgeordneten nennen, die angeblich

eine andere Auffassung vertraten.

Dazwischen tendenziöse Absichten vorwölften, gehe u. a. auch daraus hervor, daß Namen von solchen Abgeordneten unter die angeblichen Gegner des Parteibeschlusses gestellt würden, die an der Fraktionsbildung gar nicht teilgenommen hätten. Es sei vielmehr anzunehmen, so schreibt die R. L. G. weiter, daß durch den weiteren Verlauf der politischen Verhandlungen die Übereinstimmung der volksparteilichen Reichstagsfraktion mit den Parteibeschüssen hergestellt werde. Dazwischen die Parteiorganisation

in erdrückender Mehrheit hinter dem Parteiführer steht, habe nicht nur die Tagung des Reichsausschusses bewiesen, sondern auch die große Versammlung der schlesischen Vertrauensmänner der Deutschen Volkspartei, die in Breslau nach einem Vortrage des Abgeordneten Dingeldey ihm einstimmig das Vertrauen ausgesprochen habe.

Zwei Söhne und ein Hof

Roman von Fritz Hermann Gläser
Copyright by Martin Fechtwanger, Halle (Saale)

[37] So könnte man glauben, daß es müßige Fragen waren, die die Bäuerin beschäftigten. Ob sie ihr Leben der Arbeit und der Pflicht so weiterleben wollte? Oder ob sie sich wiederherstellen wollte, um die Sorge und die Bürde um den Hof lieber auf die Schultern eines Mannes zu laden? Um teilhaft zu werden eines Lebens der Geselligkeit und um die Sehnsucht zu stillen — die Sehnsucht nach Glück und Freude, die in ihr war?

Gescheit! Welt gescheit! Die Fragen waren es nicht, die sie beschäftigten. Denn diese Fragen waren von ihr schon lange beantwortet und längst vergessen.

Heiraten? Den bankrotten Hante-Siellner vielleicht, der freilich schon lange nach ihr und ihrem Hof strebte? Oder den lächerlichen Burkart Otto, der durch sein Trinken und seine Liederlichkeit bereits drei schöne Hofs verloren und zwei tüchtige Frauen unter die Erde gebracht hatte? Oder den grauhaarigen und läpprigen Elsner etwa, der sein morschtes Alter an ihrer Städtlichkeit noch einmal wärmen und verjüngen möchte? Sie dachte im Traum nicht daran!

Den Hof verlaufen, Pflicht und Arbeit von ihren Schultern werfen, wie es ihr der und jener raten möchte, und irgendwo in der schönen Welt da draußen ein bequemes und lustiges Leben beginnen? Gewiß, das könnte sie! Aber sie mußte schon lachen, wenn sie nur an diesen Vorschlag dachte.

Der Hof sollte ihren Kindern erhalten bleiben, den beiden Mädchen, und niemand sollte sagen können, daß sie ihnen ihr väterliches Erbe schlecht verwaltet oder gar geschändet habe.

Dem Jungen aber, der niemals ein richtiger Schindelwigg werden sollte, wollte sie durch ihrer Hände Arbeit

Von der Tagung der Nationalen Opposition in Bad Harzburg.



Ein Vorbeimarsch in Bad Harzburg.

Von links: Dr. Seidte — Oberst Düsterberg — Geheimrat Hungenberg (in Zivil) nehmen den Vorbeimarsch ab.



Adolf Hitler, der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, begibt sich mit seinem Stabe zur Tagung.

Severing und die Nationale Opposition.

Der preußische Innenminister über die Harzburger Tagung.

In einer Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei sprach der preußische Innenminister Severing über die politische Lage. Er kam dabei auch auf die Harzburger Tagung der Nationalen Opposition zu sprechen und führte u. a. aus: Vor vier Jahren wäre einer solchen Tagung noch keine Bedeutung beizumessen gewesen. Heute aber sei sie

ein bedeckliches Vorzeichen kommender Ereignisse.

Der Rücktritt des ersten Kabinetts Brüning sei neben dem Einfluß der DVP. auch dem „unheilvollen Wirken der unverantwortlichen Ratsgeber der Wilhelmsstraße“ zuzuschreiben. Die Umbildung des Kabinetts bedeute eine schwere innen- und außenpolitische Erschütterung des Vertrauens.

einen anderen Hof verdienen. Jawohl, durch ihrer Hände Arbeit! Denn sie müßte sich wie ein Knecht auf diesem Hofe, sie sparte und rechnete, wie sie es früher nicht getan hatte.

Ein Bauer sollte der Junge werden! Ein freier Bauer auf freiem Hofe! Sie hatte den Grundstein zu des Jungen Hofe schon gelegt. Als der Sandhobauer seinen Acker verlaufen wollte, hatte sie schnell zugegriffen. Zwanzig Morgen Land vom alten Sandbauergrund! Ein dürtiger und trodener Boden, mit dem nicht allzuviel anzufangen war, so meinten die Nachbarn und die anderen Bauern.

Der beste Teil des alten Forschner-Hofes, auf dem die Forschners gesessen und herangewachsen waren, um den ein Forschner zugrunde gegangen und den ein anderer Forschner nicht zu erhalten gewußt hatte, so dachte Frau Hedwig und zahlt gern den hohen Preis dafür. Denn — wiederum ein Forschner war es, der ihn später betreuen und verwälten sollte.

Genau wie die Menschen, so haben auch die Höfe ihre Geschichte. Und das sind niemals gute Menschen, die einen Hof, der sie genährt und erzogen hat, um eines armelosigen Vorteils willen loszuschlagen und verschachern. Treue und Aufrichtigkeit im Menschen sind die Eigenschaften, die den Wert eines Menschen bestimmen. Treue gegen sich selbst, Treue gegen andere und Treue der Heimat. Die engste Heimat aber ist ein Hof, auf dem schon die Väter gesessen, um den schon die Väter gedacht und gesorgt haben.

Aber das war es nicht, was Frau Hedwig bewegte und ruhelos machte.

Da las sie von der Strandung eines Fischdampfers an der norwegischen Küste. Ausführlich und in großer Aufmachung berichteten die Zeitungen von jener furchtbaren Katastrophe und von der heroischen Rettungsaktion des Seemanns Karl Forschner, schilderten die schrecklichen Tage auf dem Eisland und die endliche Rettung der Überlebenden durch einen dänischen Fischkutter.

Frau Hedwig wußte zwar nicht, wohin Karl Forschner sich damals gewandt hatte. Weder sie noch seine Familie

Das Rätselraten um den Kurs

der neuen Regierung bewirkt eine erhebliche Nervosität in allen Volksräten und müßte eine allgemeine Unsicherheit im Gefolge haben. Die Herausbeschwörung dieser Regierungspolitik sei Katastrophenpolitik. Deutschnationale und nationalsozialistische Minister würden heute die Dinge in Deutschland nicht zum Besten wenden können. Wenn

die Nationale Opposition ans Ruder

komme, werde mehr zerschlagen, als der deutsche Volkskörper ertragen könne. Es sei daher Aufgabe aller republikanischen Parteien, die Machtgreifung durch die Nationale Opposition unter allen Umständen zu verhindern. Nur die Zusammensetzung aller bewußt republikanischen Kräfte könne gegenwärtig noch helfen.

Tribute sollen nicht mehr gezahlt werden.

Ausschlußbeschluß im Preußischen Landtag.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages nahm bei Stimmenthaltung der Regierungsparteien mit den Stimmen der Rechten einen Antrag der Deutschen Freiheit an, der das Staatsministerium erfordert, auf die Reichsregierung einzutreten, die sofortige Revision des Young-Planes zu verlangen bzw. die Einstellung jeder weiteren Tributzahlung zu veranlassen.

Der Ausschuß beschloß ferner, die Regierung zu erfordern, der durch die Boblfabrikserwerbslasten weiter steigende Notlage vieler Gemeinden die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Ein Regierungsvertreter hatte erklärt, daß über die Reichshilfe hinaus keine Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten; man hoffe jedoch mit den Reichsmitteln auszukommen.

Japan lehnt jede Einmischung ab.

Scharfer Protest des japanischen Staatsrates.

Ein außerordentlicher Kabinettssitz in Tokio beschäftigte sich mit der mandschurischen Frage. Amlich wurde bekanntgegeben, daß die japanische Regierung

jede Einmischung sowohl der Vereinigten Staaten als auch des Völkerbundes

in dem chinesisch-japanischen Streit energisch zurückweisen werde und daß sie auch weiterhin auf einer direkten Regelung zwischen der chinesischen und japanischen Regierung bestünde.

China droht mit Krieg.

Der chinesische Präsident Tschiang Kai-schek hielt auf einer politischen Versammlung in Nanking eine Rede, in der er unter anderem erklärte:

Sollten der Völkerbund und die Signatarmächte des Kellogg-Bates ihre heiligen Verpflichtungen China gegenüber nicht erfüllen, so würde China nicht zögern, in den Krieg zu ziehen, um die Würde und die geheiligten Rechte internationaler Abmachungen aufrechtzuerhalten und den Weltfrieden sicherzustellen selbst auf die Gefahr hin, selber Opfer eines völligen Zusammenbruches für ein halbes Jahrhundert bringen zu müssen.

Der Endtermin für die Steueramnestie.

Erleichterung für die Reichsbahnanteilnehmer.

Halbamtlich wird mitgeteilt: In der Presse ist in den letzten Tagen wiederholt behauptet worden, daß die Fristen für die Steueramnestie und die Vermögenserklärung allgemein bis zum 15. November d. J. verlängert werden sollten. Diese Gerüchte entbehren jeder Grundlage. Die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärung und die Amnestiefrist ebenso die Fristen für die Anzeige von ausländischen Familienstiftungen und ausländischen Betreibungen enden mit 15. Oktober d. J. Eine weitere allgemeine Verlängerung dieser Fristen ist nicht beabsichtigt. Da jedoch manche Anteilezeichner unter den gegenwärtigen Verhältnissen die benötigten Mittel nicht flüssig machen können, hat die Reichsbahngesellschaft angeordnet, daß die erste Rate auf die Zeichnungsbeträge nicht am Zeichnungstage, sondern erst am 5. Januar 1932 entrichtet zu werden braucht.

hatten seit seiner Flucht aus der Heimat ein Lebenszeichen von ihm erhalten. Aber sie ahnte, daß der tapfere Seemann und ihr geliebter Hans Glück ein und dieselbe waren. Es war schon anzunehmen, daß Karl Forschner auf der Unendlichkeit des Ozeans eine Zuflucht gesucht hatte. Die grenzenlose Selbstverlegung jenes Seemanns bei seinem tühnen Rettungswert, das Pothen ihres eigenen Herzens beim Lesen der Nachricht sagten es ihr immer wieder: Er ist's! Er ist's!

Das machte sie froh und traurig zugleich. Aber — dann schwiegen die Zeitungen, der Name Karl Forschner war wieder vergessen, und Frau Hedwig hatte nichts als die Unruhe und die Ungewißheit um sein ferneres Schicksal zurückbehalten.

Noch jetzt machte sich Frau Hedwig die bittersten Vorwürfe darüber, daß sie es eigentlich war, die diesen jungen Menschen aus der Bahn seines Lebens gerissen hatte. Gutachten möchte sie an ihm, was sie einmal unbewußt und in der Aufwallung ihrer Gefühle gesagt hatte. Ihn heißen und pflegen! Dann wenn einer jahrelang Heimat und Familie mied, dann war er in seinem Innern wund und zerrissen, und Sehnsucht und Bitternis nisteten wie eine schwere Krankheit in ihm.

Sie wußte, daß er die Heimat suchte und die Heimat brauchte! Sie wußte, daß er niemals ein Seemann werden und auch auf der Unendlichkeit der Meere keine neue Heimat finden konnte! Und seine Ruhe und seine Zufriedenheit! Sie wußte, daß er sich tröstig und verbittert oder elend und traurig in der Fremde verbarg. Und daß er Heimweh, rasendes, bitter wehes Heimweh wie eine verzehrende Flamme in sich trug.

Wenn er doch müde und verbittert nach Hause käme! Elend und traurig! Wenn er doch lämle!

Sie wollte ihn bald pflegen und ihn wieder froh und zufrieden machen! Wollte seine Sehnsucht stillen und ihm alle Bitternis aus der Seele scheuchen! Und würde ihn nicht wieder aus der Heimat lassen! Was auch die Leute reden möchten, sie würde ihn nicht von sich lassen!

(Fortsetzung folgt.)

Die Butterpreise unter Vorfriegsstand.

Sofortige Schutzmahnahmen für die Milchwirtschaft gefordert.
Der Deutsche Landwirtschaftsrat teilt mit: Unter dem Druck der Ausländerdangebote ist in Berlin am Sonnabend die Buttermiserierung neuerdings um 5 Pfennig für die erste und 2 Pfennig für die zweite und dritte Qualität auf 113, 103 und 89 zurückgegangen. Damit sind die Butterpreise unter den Vorfriegsstand gesunken. Die Lage der Milchwirtschaft hat damit einen bisher noch nicht gesezten Tieftstand. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat demzufolge in einem an den Herren Reichskanzler, an den Herren Reichsernährungsminister und an den Herren Reichswirtschaftsminister gerichteten Telegramm sofortige Schutzmahnahmen für die deutsche Milchwirtschaft gefordert.

Streit der Arbeitslosen.

Gegen Pflichtarbeit und Mietzahlung.

In der Stadt Bernau bei Berlin haben die Wohlfahrtsarbeitslosen ihre Pflichtarbeiten für die Stadt niedergelegt, verlangen aber weiter Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung. Die Stadt ist hierdurch in eine schwierige Lage gekommen, da sie unter Umständen vom Kreis Niederbarnim die 7prozentige Ausvergütung der Wohlfahrtsunterstützungen nicht weiter erhält.

Weiter ist von den Arbeitslosen in Bernau in einer Versammlung beschlossen worden, daß kein Arbeitsloser mehr Miete an seinem Hause wünschen soll. Als Begründung erläutern die Arbeitslosen und Wohlfahrtsarbeitslosen, die Unterstützungsätze seien seit dem 1. Oktober derart gering geworden, daß man von ihnen nicht verlangen könne, davon auch noch Miete zu zahlen und dafür Pflichtarbeiten für die Stadt auszuführen.

Falsche Wege der Finanzanierung.

Warrus der preußischen Landgemeinden.

Der Gesamtvorstand des Verbandes der preußischen Landgemeinden faßte im Anschluß an einen Vortrag des Präsidenten Dr. Gerele eine Entschließung, in der er dem Beschluß des Preußischen Staatsrates beitritt, wonach die Notverordnungen des Reiches und Preußens in den einzelnen Vorschriften mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen seien, den Rechtsbedenken verliehen und Rechtsunsicherheit erzeugen müßten. Der Gesamtvorstand warnt ferner vor einer Fortsetzung des bisherigen Weges der Sanierung der öffentlichen Finanzen, andernfalls müßten die Landgemeinden die Verantwortung für alle Folgen des jetzigen falschen und gefährlichen Finanz- und Kostenausgleichs ablehnen. Der Zusammenbruch der Gemeinden ist zu erwarten, wenn nicht das Reich wieder seine Pflichten und Aufgaben uneingeschränkt übernimmt.

Die Aufrüstungssperre in Preußen aufgehoben.

In den Besoldungsordnungen des Reiches und der Länder stand sich bisher die Bestimmung, daß die planmäßigen Beamten und Lebvertonen, soweit sie aufsteigende Gehälter oder Gehälter mit Mindestgrundgehaltsätzen beziehen, bis zur Erreichung des Endgehaltes ihrer Gruppe stets nach Ablauf von zwei Jahren in eine höhere Stufe ihrer Gehaltsgruppe aufstiegen. Die preußische Notverordnung vom 12. September 1930 hat diesen Zustand dahin abgeändert, daß die Zweijahrespanne einmalig auf vier Jahre verlängert wurde, daß also praktisch ein Aufstieg der Beamten um zwei Jahre hinausgeschoben wurde. Diese Maßnahme wurde in der begründeten Annahme vorgenommen, daß die Reichsregierung in ihrer Notverordnung eine für die Reichsbeamten gültige Bestimmung gleichsam Inhaltstreffen würde.

Da die inquisitiven veröffentlichte dritte Notverordnung des Reichspräsidenten jedoch diese Bestimmung nicht enthält, glaubt die preußische Staatsregierung diese Regelung nicht aufrechterhalten zu können. Das preußische Staatsministerium hat deshalb die Aushebung jener Bestimmung beschlossen.

Zwei Söhne und ein Hof

Roman von Fritz Hermann Gläser
Copyright by Martin Fenckwanger, Halle (Saale)

Bereute es, daß sie nicht damals mit ihm gegangen war, als er sie bat und flehte und um sie warb. In ihr hätte er eine Heimat gefunden. Hätte für sie gelebt und gestritten und wäre in diesem Leben und Streben gut und zufrieden und stark und richtig geworden.

Und wiederum war eine Stimme in ihr, die immer wieder wissen wollte: Er kommt nach Hause! Einmal kommt er doch nach Hause! Wer so gut und treu und zuverlässig ist, muß einmal nach Hause kommen!

Dann war sie wieder froh und zufrieden. War fröhlich und ausgelassen, wie eine Braut, die sehnsüchtig auf ihren Liebsten wartet. Oder auch so bestimmt wie eine Mutter, die ihren verlorenen Sohn erachtet.

Beim Reinert-Bauer sollte gepfändet werden. Er war bis jetzt der einzige Bauer im Dorfe, bei dem der Gerichtsvollzieher noch nichts zu tun gehabt hatte. Dem Elsner im Oberdorfe hatte man den letzten Ochsen aus dem Stalle geholt. Und dem Försner vom Sandbauernhof waren Pferd und Wagen fortgenommen worden. Er saß jetzt wie ein Graf in seinem neuen Hause und würde bald nichts zu befürchten und zu trauen haben.

Ganz schlimm war es dem Hiltner-Bauer ergangen. Dem hatte man die reisende Ernte schon auf dem Halme gepfändet. Mitten ins Getreidesfeld hatte ihm der Gerichtsvollzieher den Stock gelegt. Und nun wuchs das Korn dem Hiltner sozusagen in den Hals hinein.

Steuerschulden! Nichts als Steuerschulden! Wenn das so weiterging, dann würde im nächsten Jahre überhaupt kein Geld debant. Denn wenn die Bauern schon zugrunde gehen sollten, dann sollte gleich alles zum Teufel gehen!

„Wir sind ja Ochsen, daß wir's uns gefallen lassen!“

Nachstehende Firmen von Wilsdruff und Umgegend

halten sich bei Bedarf bestens empfohlen:

Agentur für Versicherungsgesellschaften

Wilhelm, Berthold, Helweg 233 D.

Anzeigen-Annahme

Wilsdruffer Tageblatt, Zellaer Straße 29. → 6
(auch für auswärtige Zeitungen).

Auto-Reparaturwerkstatt

Böbel, Alfred, Friedhofstraße (Elektrofahrtwerk). → 143.

Autovermietung (Krofdroschke)

Göller, Fritz, Meißner Straße 266. → 104.

Otto, Alhardt, Markt 13/14 (Hotel weiß. Uhler). → 405.

Badeanstalt

Stadtbad, Völker Erich Haussmann, Löbauer Straße.

Bau- und Wechselschäfte

Girokasse und Sparkasse, Rathaus. → 1 und 2.

Wilsdruffer Bank, e. G. m. b. H., Freiberger Straße

Nr. 108. → 491.

Bau- und Möbelindustrie

Siering, Am unteren Bach 250B.

Bodenfuhrwerk

Blöcher, Otto, Bahnhofstraße 127. → 584.

Buchbinderei

Schunke, Arthur, Zellaer Straße 29. → 6.

Fell- und Häuterei

Stolle, Robert, Bahnhofstraße 138.

Färberei und Reinigung, Plisseepresserei, Hohlraum- und Schnürschuhherstellung

Dörre, Alfred, Sedlerstraße 183.

Auto-Reparaturwerkstatt, Kraftfahrzeug-Victrieb,

Taufsielle, Odele, private Automobilfahrschule, Fahrräder und Motorfahrräder, Nähmaschinen

Fr. Arthur Fuhs, Markt 8. → 409.

Fahrrad- und Nähmaschinenhandlungen mit

Reparaturwerkstätten

* auch Motorrad-Reparaturwerkstatt.

Dörre, Alfred, Sedlerstraße 183.

* Marckert, Fritz, Dresden Straße 234.

Gärtnerei

Kesselsdorf: Beuer, Rob., Bäume, Topfpflanzen, Kräuterkulturei

Glaserei (Bildvereinigung) und Glashandlung

Hombach, Willy, Marktstraße 89.

Grabsfelsgeschäft (Steinbruchbetrieb)

Wolf, Karl, Meißner Straße 263.

Heilkundiger für alle Krankheiten (Homöopathie,

Biomedizin, Naturbehandl.). — Urin-Untersuchungen

Schubert, Rob., Meißner Straße 266. → 145.

Herrengarderobegeschäft

Plattner, Curt, Dresden Straße 69.

Holzbildhauer

Birndorf, Curt, Sedlerstraße 79.

Imkeraten-Annahme

Wilsdruffer Tageblatt, Zellaer Straße 29. → 6

(auch für auswärtige Zeitungen).

Maschinenbau und Reparatur

Schweide, Franz, Ingenieur, Bismarckstr. 35. → 511.

Kurze politische Nachrichten.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Ministerialdirektor Dr. Schlegelberger ist zum Staatssekretär im Reichsjustizministerium ernannt worden.

so schimpften und so weiteren sie. „Keinen Pfennig dürfen wir bezahlen! Wir müssen es machen wie die Bauern im Rumpischer Kreise, die sich zu einer Notgemeinschaft zusammengezlossen haben.“

„Wahrscheinlich auch nur ein Verein, der doch nichts schafft und nichts erreicht!“ wetterte ein anderer dazwischen. „Nein! Wie die Bauern in Holstein müssen wir's machen, die sich schon wieder um ihre alte Bauernfahne scharen. Um die schwarze Fahne am drohenden Sensenstiel, die Florian Geyer schon einmal geschwungen hat. Sie jagen jeden Gerichtsvollzieher und Gendarm davon und zahlen weder Steuern noch Zinsen.“

„Wir sollten es hier genau so machen, dann hätten wir bald andere Zeiten!“

„Die Zeiten sind für jeden schwer, ganz gleich, welchem Beruf und welcher Schicht er angehört!“ wagte ein Besonnener einzumenden. „Wenn niemand seine Steuern bezahlen und jeder gleich zu standhalten anfängt, wenn er zum Steuerzahlen gezwungen werden soll, dann würde es bald ironisch um unser Volk und um unser Land aussieben. Denn damit richten wir jedes Staatswesen und schließlich auch uns zugrunde.“

„Ach rede du den Halsabschneiden noch das Wort! Können wir ohne Vieh und ohne Saatgetreide unseren Hof erhalten?“

„Natürlich ist es grundverkehrt, daß uns die Regierung so wenig Verständnis entgegenbringt und rücksichtslos dazu übergeht, dem Bauer das letzte Stück Vieh vom Hofe zu nehmen. Den müssen wir mit allen zulässigen Mitteln entgegentreten! Aber — gibt es nicht auch viel böse Willen unter der Bauernfahne? Gibt es nicht Bauern, die es um ein paar Taler willen darauf ankommen lassen, nur weil sie mit dem Gesicht der jeweiligen Regierung nicht einverstanden sind? Die Regierung ist der Willensausdruck des gesamten Volkes. Und wir haben deshalb auch kein Recht, Oertreibereien zu machen, wenn wir mit diesem Volke eins sein wollen.“

„Papperlapapp! Du redest wie der Herr Finanzrat in höchst eigener Person!“ schrie ein Wütender dazwischen.

Von der Reichstagsfraktion des Christlichsozialen Volksdienstes und der Volkskonservativen Vereinigung erstattete der Vorsitzende, Abgeordneter Simpfendorfer (Christlichsozial), einen längeren Bericht über die politische Lage. Der Abgeordnete Lambach ist innerhalb dieser Fraktionsgemeinschaft Mitglied der bisher 14 Abgeordneten zählenden parlamentarischen Gruppe des Christlichsozialen Volksdienstes geworden, die damit auch eigene Fraktionsstärke erreicht hat.

Im Kurfürstendamm-Prozeß gegen Graf Heldorf teilte der Vorsitzende des Schöffengerichts Charlottenburg mit, daß der Prozeß auf unbestimmte Zeit vertagt werden müsse, da ihm und den beistehenden Richter genügend Zeit zur Verfügung stehen müsse, um sich in die Akten einzuarbeiten. Die Verhandlung wurde darauf geschlossen.

Die kommunistische Fraktion hat im Preußischen Landtag einen Mißtrauensantrag gegen den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Grimme, eingereicht. Der Antrag ist u. a. damit begründet, daß die Amtstätigkeit des Ministers Grimme in steigendem Maße durch einen katastrophalen Abbau aller Schul- und Bildungseinrichtungen, insbesondere der Volksschulen, ge kennzeichnet worden sei.

Der Direktor beim Preußischen Landtag hat vom Abgeordneten von Eyner einen Schreiben erhalten, in dem dieser die Niederlegung seines Mandates als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei mitteilt. Über die Frage seiner Nachfolgerwahl im Amt des dritten Vizepräsidenten des Preußischen Landtags wird eine Entscheidung voransichtlich erst in der Sitzung der Landtagsfraktion der DPW fallen.

Notgemeinschaft und Selbsthilfe.

Ein Aufruf des schleswig-holsteinischen Landvolkes

Eine neu gegründete Notgemeinschaft des schleswig-holsteinischen Landvolkes in Fliehoeck erklärt eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „Die vorauschauenden Forderungen des schleswig-holsteinischen Landvolkes sind nicht erfüllt. Unsere Forderungen an die schärfste Sperrung der Grenzen zur Abhaltung der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und anderen überflüssigen Nahrungsmitteln, währungspolitische und kreditpolitische Maßnahmen als Voraussetzung einer rentablen Wirtschaft, sofortige Herauslösung des Zinsfußes, Zahlungsaufschub und Vollstrengungsschutz bis zur Errichtung dieses Zustandes“ sind nicht erfüllt. Das schleswig-holsteinische Landvolk nimmt in resolutorischer Einstellung in allen Dörfern der Nordmark die Selbsthilfe in die Hand. Deutsche Bauern, Arbeiter, Siedler, Kaufleute, Handwerker! Schließt in jedem Dorf die ungetrennte Schicksals- und Dorfgemeinschaft, Schulter an Schulter, einer für alle und alle gehörigkeit.

Konferenz der Sparten gewerkschaften.

Zur Sicherung der Wohn- und Sozialpolitik.

Die Sparten gewerkschaften aller Richtungen traten in Berlin zu einer Besprechung zusammen. Wie der Deutsche Gewerkschaftsbund mitteilte, galt die Befreiung in erster Linie der Abwehr der Gefahren, die insbesondere für die Lohn- und Sozialpolitik entstanden seien. Über das erste Ergebnis der Besprechungen wird, wie der Gewerkschaftsbund mitteilt, folgende Erklärung veröffentlicht:

„Die Sparten gewerkschaften aller Richtungen einschließlich der Beamtenverbände kamen am Montag zu einer Besprechung der Abwehr der Gefahren, die durch die Umstürze des Realismus, insbesondere für die Lohn- und Sozialpolitik entstanden sind. Die Besprechungen werden fortgesetzt.“

Wie der Gewerkschaftsbund weiter mitteilt, haben sich der Deutsche Beamtenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund der Erklärung, die die Sparten gewerkschaften gegen das Manifest der Wirtschaft abgegeben haben, angegeschlossen.

„Muß man für das uns abgeschnittene Geld wahre Staatspaläste bauen? Finanzämter, die fast wie Kirchen prangen? Wir haben nichts mehr zu pfänden und zu verkaufen! Die Steuern mag bezahlen, wer sie erdacht und ausgestaltet hat! Die Lasten sind zu groß! Die Umstellung der Währung ist zu einem für uns sehr ungünstigen Zeitpunkt erfolgt. Die meisten Bauern hatten ihre Ernte schon verkauft, als die neue Goldmark endlich kam. Und nun müssen sie sich bis zur neuen Ernte schlecht und recht durchs Leben schlagen. Und es ist nicht unsere Schuld, wenn wir jetzt ausgepowert und nicht zahlungsfähig sind.“

„Deshalb: Wir bezahlen überhaup nicht mehr! Keinen Pfennig bezahlen wir dem Steueraud! Wie die Bauern im Rumpischer und im Blünsterberger Kreis wollen wir's machen! Nicht bezahlen und ruhig pfänden lassen!“

„Und was hat der Geplante davon?“

„Kannst du das denn noch nicht begreifen? Der hat in Wirklichkeit sehr viel davon. Ich meine nämlich: Ruhig pfänden lassen — aber ja nicht bieten! Und wenn bei einer Pfändung nicht geboten wird, dann kann der Gerichtsvollzieher auch nichts machen. Muß unverrichteter Sache wieder von dannen ziehen und muß dem Bauer das Vieh im Stalle lassen.“

„Und wenn dann einer doch die Pfändungsstücke billig lauft? Denn wo einem das Fell über die Ohren gezogen wird, da sind noch immer welche, die zu ihrem Toll daran ziehen helfen. Des einen Uhl ist des andern Nachtgall, das ist nun einmal so!“

„Das muß natürlich unter allen Umständen unterbunden werden! Und es ist seinem anzuraten, auf solch einer Bauernsiedlung auch nur ein einziges Stück zu kaufen. In Schlapitz hat man solch einen Bannbrecher schon grün und blau geschlagen. Und auch bei uns soll er die Bauernfäuste zu spüren bekommen!“

„Recht so! Das machen wir! Wir lassen es uns in Zukunft nicht gefallen, daß man uns das

Die Eisenbahnattentate vor der Aufklärung.

Zeugeständnis Matuschla.

Sylvester Matuschla, der bekanntlich unter dem Verdacht verhaftet worden ist, das Attentat bei Via Torbagh begangen zu haben, hat ein teilweises Geständnis abgelegt. Danach will er einem unbekannten Sprengstoff gegeben haben in der Meinung, daß es sich um ein Attentat auf einen Zug handele. Zur Zeit des Attentats bei Turin soll sich Matuschla in Berlin befinden haben. Beim Attentat von Via Torbagh befand sich Matuschla im Zug auf der Fahrt nach Wien, allerdings entgegen seinen früheren Angaben im letzten Wagen, der nicht mit abgestürzt ist, so daß er nur leichte Verletzungen durch Glassplitter erlitten.

Die Millionenerbschaft in der Rocktasche.

Die schriftliche Erbante und der glückliche Nette.

In New York starb vor einigen Monaten im Alter von 90 Jahren eine schriftliche Dame namens Ida Wood. Sie hatte Geld gehabt, aber ihr Nette, der als Erbe in Frage kam, konnte es zunächst nicht finden. Jetzt hat er bei einer Durchsuchung der alten Möbel und der noch älteren Kleider der Verstorbenen und ihres schon vor einigen Jahren verstorbenen Gatten in einem Schrank Banknoten und Goldstücke im Wert von etwa 400 000 Mark, unter alten Wäsche Taschen im Wert von mehr als 300 000 Mark und in dem Taschenfutter eines Männercodes ein Paar Buntanweisungen im Wert von zwei Millionen Mark gefunden. Da die alte Tante in ihrer Todesstunde auch noch von vier Koffern, die aus einem Speicher stünden, gefroren hatte, läuft der Millionenerbe jetzt in ganz New York herum, um den richtigen Speicher ausfindig zu machen.

Unnütze Protestbewegung.

Um die Schließung kleiner Kassenkassen.

Aussich wird mitgeteilt: Beim Reichsarbeitsministerium läuft zurzeit eine Flut von Telegrammen und Schreiben ein, in denen Bettelstränenkassen unter Annahme einer entsprechenden Absicht der Reichsregierung vor der Schließung kleiner Kassen warnen. Die Beteiligten haben das Geld für diese Kundgebungen und für Reisen umsonst ausgegeben. In Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium wurde nur mitgeteilt, daß die alten Kassenkassen bleiben, daß aber in vielen Bezirken Gebietsstränenkassen vereinigt werden können. Einem Verbandsvertreter wurde außerdem nahegelegt, seine kleinen Kassen mehr zu gründen und bestehende Zweigstellen zu beseitigen. Den Beteiligten ist bekannt, daß für die ganze Angelegenheit zunächst der Weg der ordentlichen Gesetzgebung in Aussicht genommen ist.

Auch auf dem Gebiete der gewerblichen Unfallversicherung werden der Reichsregierung Absichten zugeschrieben, die sie nicht hat.

Ein neuer Vorsitzender im Kurfürstendammprozess.

Die Richterabstimmung gesucht ist berechtigt erklärt.

Aus Berlin wird berichtet: Die Verteidiger im zweiten Kurfürstendammprozess — es handelt sich in dem Prozeß um die Auszeichnungen, die am 12. September dieses Jahres auf dem Kurfürstendamm in Berlin begangen worden sind — hatten den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Dr. Schmitz und den Beisitzer, Landgerichtsrat Thiemann, sowie den Schöffen Starck wegen Besorgnis der Besangenhheit abgelehnt. Die Beischlämmer beim Landgericht III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kriedmann hat diese Ablehnungsgesuchte jetzt für begründet erachtet. Als neuer Gerichtsvorsitzender wurde Landgerichtsdirektor Bureczek bestellt.

Kleine Nachrichten

Beisetzung der Opfer des Explosionsunglücks in Gdingen. In Gdingen fand die feierliche Beisetzung von elf Todesopfern des Explosionsunglücks statt. Eine große Menschenmenge sowie zahlreiche Vertreter von Behörden nahmen an der Feierlichkeit teil. Bisher sind 13 Leichen aus den Trümmern des eingestürzten Gebäudes geborgen worden. Zwei Tote wurden nach Warschau übergebracht.

Eisenbahnungluß bei Koblenz. Kurz vor dem Bahnhof Urmiz bei Koblenz ereignete sich ein Eisenbahnungluß. Wegen der Ausbeiführung einer Weiche, rutschten Umleitungen vorgenommen werden, so daß die Hauptstrecke zum Teil eingleisig befahren werden mußte. Infolge falscher Umleitung fuhren ein Großraumzug und eine aus entgegengesetzter Richtung kommende Lokomotive aneinander. Durch den heftigen Zusammenprall wurde die Lokomotive aus dem Gleis geworfen. Der Lokomotivführer und der Heizer dieser Maschine wurden schwer verletzt, während das Bedienungspersonal der Güterzugmaschine mit leichteren Verlebungen davonkam.

Zwei Tote und neun Verletzte bei einem Verkehrsunfall. Auf der Straße von Bollrichstadt nach Oberstreu ereignete sich ein schweres Verkehrsunfall. Ein Postauto und ein Lieferwagen wollten Personen zum Zeppelinclub in Meiningen befördern. Als das Lieferwagen am Postauto vorbeifahren wollte, kamen im gleichen Augenblick aus entgegengesetzter Richtung drei Radfahrer. Das Lieferwagen bog nach links ab und stürzte die 1,70 Meter hohe Böschung hinunter, wobei es sich zweimal überstürzte. Zwei der Radfahrer wurden von dem Postauto erfaßt und überfahren. Einer von ihnen, angeblich ein Student aus Gotha, wurde auf der Stelle getötet, der andere starb nach der Einlieferung ins Krankenhaus. Von den Insassen des Lieferwagens wurden neun schwer verletzt.

Raubmord. Der Straßburger Kaufmann Dabel wurde bei Zecier, Kreis Greifswald, von drei Wandervorführern überfallen und getötet. Die Täter hatten dem Überfallenen ein Taschentuch in den Mund gesteckt und ihm die Tasche gerissen. Sie konnten bei Greifswald, als sie aus einem Hause stiegen, verhaftet werden.

Schwerer Herbsteibel in London. London wurde von einem schweren Herbsteibel betroffen. Die Schiffs-

fahrt lag vollkommen still; der Omnibusverkehr konnte nur dadurch aufrechterhalten werden, daß die Schaffner vor ihren Wagen hingen und ihnen Schritt für Schritt den Weg wiesen. Verspätungen von mehreren Stunden waren bei der Eisenbahn und der Untergrundbahn an der Tagesordnung. Auch für eine Erwerbslosenfundgebung erwies sich der Nebel als hinderlich, da der Demonstrationszug seinen Weg verlor und stundenlang in dem Straßenverkehr umherirrte.

Holzengeschwärzter Flugzeugabsturz. Bei einem Flugzeugabsturz in der Nähe von Newark wurde der ehemalige österreichische Kriegsflieger Edgar Pölzer zu seinem mit zwei Kanonen getötet.

Todesurteil gegen Künne bestätigt.

Der Maurer Hermann Künne aus Wesermünde wurde im Juli dieses Jahres vom Schwurgericht Berden wegen Ermordung der sieben Jahre alten Ingoborg Bopp aus Bremerhaven zum Tode und zum dauernden Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Der 3. Strafzenat des Reichsgerichts hat jetzt die Revision Künnes gegen das Todesurteil verworfen.

Geschichten von Schriftstellern und Presse.

Mark Twain pflegte die folgende Geschichte, die er die „Anekdoten von der Geschäftsfertigkeit“ nannte, besonders gern zu erzählen: Als ich in Nebraska noch Sekretär des Gouverneurs war, hatte ich viele politische Feinde. Diese gewissenlosen Kerle ließen mich eines Tages „sterben“. Um meinen Ruf zu schädigen, legten sie nämlich in den „Bellenden Kampfruf des Weltens“ eine Notiz, daß ich in schwerer Trunkenheit in den Fluß gefallen und ertrunken sei. Wütend begab ich mich zum Schriftleiter dieser Zeitung, stellte mich als lebendig vor und ihn zur Rede. Dieser Zeitungsmann aber sagte: „Was gedruckt ist, bleibt gedruckt. Wir nehmen nie etwas zurück.“ Eine solche Blöße geben wir uns nicht. Alles was wir tun können, ist, daß wir eine neue Geburtsanzeige von Ihnen in unser Blatt eintragen. Preis: ein Dollar!“

Noch eine andere Journalistenanekdoten gibt es von Mark Twain. Der Arzt hatte den „Briefsteller“ zu bearbeiten. Eines Tages fragte ihn ein junger Dichter, ob das Essen von Fisch im menschlichen Körper Phosphor erzeuge und gleichzeitig die Gehirntätigkeit anteige. Mark Twain antwortete: „Gewiß, aber nach den eingesandten Stilproben zu urteilen, müßten Sie mindestens einen Walisch verpeisen!“

Der Redakteur einer Londoner Zeitung erhielt eines Tages von einem ihm unbekannten Herrn namens Heslepenn ein Gedicht mit 18 Strophen und der Nebenschrift „Warum bin ich nicht tot?“. Der Redakteur schrieb an Herrn Heslepenn: „Sehr geehrter Herr! Sie sind nicht tot, weil Sie mir das Gedicht per Post gesandt haben, anstatt es persönlich zu bringen.“

Der französische Romanschriftsteller Alexandre Dumas erhielt den größten Teil seiner Romane nach der Anzahl der Seiten bezahlt. Eines Morgens setzte er sich hin und begann einen neuen Roman wie folgt:

„Mein Sohn!
„Mutter?
„Hör!
„Was gibt's?
„Siehst Du?
„Diesen Dolch!“

„Ja, was sieht Du darauf?“ usw.

Der Verleger war freilich mit dieser Zeilenwinderei nicht einverstanden. Er verabredete mit Dumas ein Silbenhonorar. Dumas war nicht faul, er ersand einen Stotterer in seinem Roman. Die Honorarausgaben waren glänzend, weniger die Laune des Verlegers, der sich entschloß, dem Dichter ein Paarhale anzubieten. Am Tage nach der Anzahlung wurde der Silbenstotterer (im Roman) von einem überfallenen Dachziegel jäh erschlagen und — der Roman fand ein Ende.

Der Budapester Journalist Paul Keri sollte über die Stichwahl zwischen Michael Karoly und Stephan Tisza einen knapperen Zeitungsbericht verfassen. Er hatte 1000 Kronen Reisevorschuss erbeten, aber nur 100 Kronen erhalten. Abends traf das folgende Telegramm von Keri ein: „Heutige Stichwahl ergibt nach genauer Stimmenzählung mit knapper Mehrheit von 223 Stimmen das überraschende Ergebnis stopp vier endet Vorwahl.“

Keri wurde einmal nach Arad geschickt. Man enthüllte das Denkmal der österreichischen Realität hingerichteten Freiheitsgenerals. Etwa 5.30 Uhr konnte Keri sein Telegramm zur Post geben. Der Beamte war entsetzt. „Zehnhundert Worte? Kann ich nicht annehmen. Höchstens fünfzehn. Wir schicken um sechs Uhr.“ Nach wenigen Augenblicken überreichte Keri dem Beamten eine Depesche mit fünfzehn Wörtern: „Handelsminister Budapest. Postdirektor von Arad verweigerte aus Faulheit Annahme eines nationalpolitisch wichtigen Telegrammes. Paul Keri.“ Raum war es gelebt, da meinte der Beamte: „Geben Sie mir, bitte, das längere.“

Von dem Redakteur des preußenseitlichen „Bayerischen Volksblattes“ in München wird folgende Geschichte erzählt: Eines Tages, als er im Wartesaal des Münchener Hauptbahnhofs saß, ärgerte ihn zwei Münchener, die seine Erbgarkeit kennen, von Nebenamt aus, indem sie laut über sein Blatt schimpften. Schließlich meint der eine zum andern: „Na, Seppl, halten müssen wir sein Blatt doch, schon weils auf so wasches Papier gedruckt ist.“ Da geht der Journalist zu dem Sprecher hin, klopft ihm vertraulich auf die Schulter und sagt: „Na, mein Lieba, da schwann's zu, daß Ihr hinterher net giechter wird als Ihne Schäß!“ Sprach's und ging.

Ein amerikanischer Lokalredakteur in einer Kleinstadt ging in den Außenland und offenbarte seinen Bekannten, er habe 100 000 Dollar auf der Sparflasche. In ungläubigen Stimmen fragten diese ihn, ob denn der Beruf eines Lokalredakteurs an einer Kleinstadtzeitung soviel einbringe. Der Journalist antwortete: „Ich habe vierzig Jahre lang rostlos gearbeitet, ohne den Feiertag zu feiern. Wie gab ich auch nur einen Dollar unüberlegt aus. Durch größte Sparfamkeit vermied ich Abzahlungsgeschäfte und damit Schulden. Außerdem, und weil mir meine Tante, die gestern gestorben ist, 99 999 Dollar hinterließ, verdanke ich die Ersparnis von 100 000 Dollar.“

In einer der großen Nürnberger Kirchen fand irgend eine Feier statt, zu der auch Kaiser Wilhelm erschienen war. Er hielt eine große Rede, was damals viel zu bedeuten hatte. Holzbold, der Berliner Berichterstatter des „Berliner Lokal-

Der Revisionstredit für Österreich verlängert.

Der Verwaltungsrat der B.I.B. hat auch der Verlängerung des Revisionstredits an Österreich zugestimmt, nachdem er einen Bericht von Prof. Bruns über die vorliegende Lage entgegengenommen hatte.

Das Photographierverbot beim Hitler-Empfang.

Berlin. Zu einer vor der Pressestelle der NSDAP herausgegebenen Mitteilung, daß das Verbot des Photographierens und Filmen vor dem Reichspräsidentenpalais bei dem Besuch Hitlers vom Reichsministerium missbilligt werde, wird von zuständiger preußischer Seite amtlich festgestellt, daß die Durchführung des Verbotes auf ausdrückliches Verlangen der Reichsregierung hin erfolgt ist.

Rücktritt der bulgarischen Regierung.

So ist Ministerpräsident Malinov überreichte dem König das Rücktrittsgesuch des Kabinetts, das vom König angenommen wurde. Als Grund des Rücktritts wurde die erkrankte Gesundheit Malinovs angegeben. Der König hat den bisherigen Innenminister Muschanoff (Demokrat) mit der Neubildung der Regierung auf der Grundlage der alten Koalition beauftragt.

Geschichten von Schriftstellern und Presse.

„Anzeiger“, stand oben an, in der Nähe des Altars, mit tausend Menschen zusammengepreßt. Es wurde zwölf Uhr mittags. Der „Berliner Volksanzeiger“ wird zwei Stunden später schon in den Straßen verläuft. Angstvolle lange Minuten, Holzbrot sah kaum eine Möglichkeit, aus der Kirche ins Freie zu gelangen. Plötzlich kam es wie eine Erleuchtung über ihn, er zog sein Taschentuch hervor, hielt es an die Nase, wie wenn er Nasenbluten hätte, und siehe da, im größten Gedränge bildete sich sofort ein Spalter teilnahmsvoller Menschen, es wurde sogar noch einem Arzt gerufen, den Holzbrot dankend ablehnte, in zwei Minuten stand er im Freien, immer noch einen Kranken markierend, der sich rasch in Sicherheit zu bringen hat. Um nicht aus der Rolle zu fallen — denn es hatten ihn mehrere gutmütige Leute hinausgeleitet —, gab er dem Droschkenfischer eine Hotelstrafe an, fuhr aber natürlich aufs Postamt, um noch rechtzeitig die Rede des Kaisers seinem Blatte zu telephonieren.

Einer unserer bekanntesten und am meisten gedruckten Humoristen befragte sich über die Langeweile seiner einsamen Abende. „Warum lesen Sie nicht einmal ein gutes Buch?“ riet ihm der eine. „Ah“, meinte er da, „ich möchte mir nicht gern meinen Stil verderben lassen.“

Zum Schlus die größte Ente? Um die Ehre werden sich vielleicht viele Blätter streiten. Anscheinend aber haben die Berliner Zeitungen den Vogel abgeschossen. Als man sich im Frühjahr 1767 zu Berlin arg beunruhigte über Kriegsgrüde, die nicht schweigen wollten, trog aller Verbote gegen das unmöglich Reden, erschien plötzlich in allen Zeitungen eine furchtbare Unglücksnachricht. Ein entsetzliches Unwetter hatte das städtische Land heimgesucht. Schreckenerregende Einzelheiten wurden bekannt. Es sollte ein entsetzlicher Wind entstanden sein, der das Gewitter herbeiführte. Zuerst fiel ein starker Hagel, dann aber ein Schloß in der Große eines Hühnerhauses, nebenher gab es wieder einen großen Platzregen, Donner und Blitzen. — Berlin sprach einzig von diesem Schicksalschlag, bis am nächsten Tag Reisende kamen und erzählten, daß alles erlogen war. — Friedrich war von diesem Streich eines Journalisten so begeistert, daß er in ähnlicher Situation selbst eine gleiche Nachricht veranlaßte, um die Berliner von etwas andern reden zu machen als vom Kriege.

Die attische Vase.

Kriminalfälle von Kurt Mietke.

Am 13. Oktober ging sämtlichen Tageszeitungen der Stadt New York eine kurze Nachricht zu, die trog oder gerade wegen ihrer Kürze ein nicht geringes Aufsehen erregte.

Die Nachricht lautete: „Ich werde am 19. Oktober die berühmte attische Vase im Blackwell-Museum in tausend Stücke schlagen. Anonymous.“

Das war alles. Aber es genügte. Die Zeitungen brachten samb und sonders die Nachricht in großer Aufmachung, und Hunderte von findigen Reportern und Schriftstellern verbrachten sich die Köpfe, um alles nur irgendwie versiegbar Material über die attische Vase heranzuholen, deren Abbildung innerhalb weniger Tage populär wurde als das Gesicht Babe Rubits oder gar des Präsidenten.

Die attische Vase war eins der Prunkstücke der Sammlungen New Yorks, ein großes, schlankgliedriges Gefäß mit zauberhaft klaren Darstellungen aus dem trojanischen Krieg, die so lebendig und modern in der Bewegung waren, als seien sie erst gestern gemalt worden.

Am 17. Oktober schickte Anonymous eine zweite Nachricht: „Am 19. Oktober wird die attische Vase in Trümmer gehen. Anonymous.“

Man kann sich denken, daß auf diese zweite Nachricht hin das Blackwell-Museum von Menschen überflutet wurde. Alles drängte sich um die attische Vase, und weder die Mumien aus der Ägypterzeit noch der Andrea del Sarto interessierte das Publikum.

Am 18. Oktober kam die dritte Nachricht: „Unschlagbar morgen! Anonymous.“

Am 19. Oktober war das Museum schwärz von Menschen. New York ist eben eine sensationshungrige Stadt. Der Direktor des Museums Trevor hatte es abgelehnt, das Gebäude für diesen Tag zu schließen. „Wir brauchen“, hatte er gesagt, „nicht den lächerlichen Drohungen jedes Jungen nachzugeben.“

Viele Menschen standen um die attische Vase und warteten, aber es wurde langsam dunkel, und es geschah nichts. Das elektrische Licht wurde angezündet, und der goldene Schein des ägyptischen Königsgräber flammte geheimnisvoll blassend auf, aber niemand kümmerte sich darum. Alle standen und warteten auf die Sensation.

Die Sensation kam auch. Rätschlich kurz vor sechs Uhr, dem Zeitpunkt, an dem das Museum geschlossen werden sollte, ging plötzlich das Licht aus. Eine Sekunde herrschte betroffenes Schweigen aller Anwesenden. Dann erklang ein furchterliches Klirren, ein wütiges Geplster, Schreien, Quietschen, Taschenlampen leuchteten auf, und bald erstrahlte auch wieder das elektrische Licht. Direktor Trevor stieß erregt auf und ab und blieb manchmal vor einem Scherbenhaufen stehen, auf dem er mit wilden Blicken starrte. Da lag die attische Vase, zu tausend kleinen Stücken zerstochen.

„Niemand verläßt den Raum“, sagte Direktor Trevor. „Zwei Kriminalbeamte machten sich daran, alle Anwesenden zu untersuchen. Man fand unter einem Schrank eine kurze Eisenstange, und der eine der Detektive erkannte sofort den Zusammenhang: Der Täter hatte die Stange im Ärmel verborgen gehabt, auf noch unbekannte Weise das

Vicht aussehen lassen, in dem kurzen Augenblick der Verwirrung seine Tat ausgeführt und die Eisenstange dann schnell unter dem Schrank versteckt.

Der Weg der Untersuchung war sehr einfach.

Man nahm von allen Besuchern des Museums die Fingerabdrücke und ließ auch die auf der Eisenstange photographieren. Man brauchte, so sagte man sich, ja nur zu vergleichen und würde so den Täter ganz bestimmt finden.

Au, darin täuschte man sich. Zwei Tage später lag das Untersuchungsergebnis vor: keiner der Fingerabdrücke der Besucher stimmte mit denen auf der Eisenstange überein.

Die New Yorker Presse heulte ein einflutendes Konzert der schärfsten Artikl über die Polizei; das ging vier, fünf Tage lang. Dann wurde die Sache vergessen, so schnell wie man eben in New York vergaß. Kein Mensch dachte nach vier Wochen mehr an die attische Vase.

Und kein Mensch in New York merkte, daß die attische Vase eines Tages wieder an ihrem Platze stand.

Zusammengeleimt? Kein Gedanke. Diese Trümmer hätten sich nie und nimmer wieder zusammenfügen lassen.

Aber der eine der Detektive, Williams genannt, ging eines Tages zu Director Trevor und legte ihm zwei Photographien vor: Photographien von Fingerabdrücken, die sich auffallend ähneln.

Trevor betrachtete lächelnd die beiden Bilder und sagte: „Sehen Sie sich, Williams, und hören Sie mal zu! Ich sehe, Sie haben die Sache heraus bekommen. Na, macht Ihnen alle Ehre. Will Ihnen mal alles erzählen.“ Trevor setzte sich Williams gegenüber und stellte sich eine Virginia an. „Sie kennen doch Thum?“

Seltsame Frage. Natürlich kenne ich Thum, den König der Verbrecher New Yorks.“

„Na, sehen Sie. Sie wissen dann natürlich auch, daß Thum ein Mann von Charakter ist, sozusagen. Wenn Thum etwas verschafft, hält er es.“

„Das ist richtig“, nickte Williams.

„Na, wissen Sie, was Thum mir versprochen hatte? Mir am Nachmittag des zweitgrößten Oktober die attische Vase zu füllen, und ich wußte, daß er sein Versprechen wahr machen würde. Ich hatte keine Lust, die Polizei zu benachrichtigen, das wäre — Verzeihung — zwecklos gewesen. Thum hätte die attische Vase doch auf irgend eine Art bekommen. Da mußte ich denn ein anderes Mittel der Abwehr finden. Daher der ganze Almanac. Der Anonymus war ich selbst. Auch der Mann mit dem eisernen Stabe, wie Sie aus den Fingerabdrücken nachträglich festgestellt haben. Ich schlug die attische Vase zu Trümmer, um sie vor dem Diebstahl zu retten. Gesehen Sie, was?“

„Kann ich bis jetzt noch nicht einsehen.“

„Na, passen Sie gut auf! Ich hatte die Vase durch eine Nachahmung ersetzt. Das aber wußte Thum nicht. Durch mein Zeitungsmanöver wurde er irre geführt. Er glaubte, ich hätte wirklich die richtige Vase entzweit geschlagen. Und so war er von seinem Wort entbunden, er brauchte die attische Vase nicht mehr zu stehlen. Die richtige stand unterdessen wohlverborgen in meinem Privatlederschrank. Ich verschlung eine Nachahmung und sicherte so das echte Werk.“

„Ein wirklich glänzender Gedanke, zu dem ich gratulierte“, sagte der Detektiv und lachte schrill.

Trevor sah ihn erstaunt an. Williams griff an sein Bartchen und nahm es ab. Williams griff an seine Haare und hob sie ab.

Trevor sprang auf: „Thum?“

Thum nickte. „Ich bin in dieser Verkleidung gekommen, um die Wahrheit zu hören. Na, hören Sie nun mal her, Trevor! Sie haben gesagt, ich sei ein Charakter, und Sie sollen recht haben. Ich habe versprochen, die attische Vase am 20. Oktober zu stehlen. Ich habe es nicht getan, weil ich

mit eingebildet habe, Sie hätten sie schon am 19. zertrümmert. Ich bin sowas wie ein Charakter, Trevor. Mir liegt nun nichts mehr an der Vase. Ich habe nur noch den einen Wunsch: Ihnen zu Ihrem gescheiten Kopf Glück zu wünschen.“

Und sie schüttelten sich lange die Hände

Der Abgrund.

Skizze von Käte Seydler (Guatemala).

Heinz Mervin hämmert ungebührig auf dem silberbeschlagenen Patronengurt, füllt die Schläuche mit Munition: „Mutter, so leise doch Fräulein Ruth Deine Waffen!“

„Unsinn, Heinz, Jes dem Mädel nicht solche Flausen in den Kopf!“ Die leicht ergraut, schlank Europäerin verteidigt das kleinfüßige Jagdgewehr und hängt es über die Schulter.

„Mutter! Ruth freut sich so fröhlich auf die erste Bekanntschaft mit den Wildnis. Der Marjordom hat diese Nacht einen Jaguar aufgespürt. Wenn wir gleich aufbrechen...“

„Auch das noch? Verkrückt! Ich verbiete Dir diese tollen Ritte überhaupt. Bricht sich Ruth das Genick, so kommt es auf meine Rechnung, Amigo. Eine neue Haustochter von drüben rechter Klasse hin...“

„... und nie zurück! Oder“, flüstert Heinz, „als meine Frau.“

„Da müßtest Du Dich gewaltig ändern, mit Deinem Jähorn. Die Aermste!“ Frau Mervin legt dem Jungen die Hand auf die Schulter: „Bedenke auch, daß Tacea noch lebt, ratschichtig ist! Als ich ins Land kam, war sie Dir nachgelaufen, barfuß, ihr Bündel auf dem Kopf, von Coban nach Atitlan.“

Der leichtsinnige Bug um des Sohnes Mund vertieft sich zur Brutalität: „Tacea soll es wagen! Sie bekam von mir eine gutgehende Tienda an der Küste. Blödmün überhaupt! Die läßt wohl ihre Hunde, Hühner, Schweine, Kinder im Stich! Hab ich sonst noch was auf dem Herzhols, Mütterchen?“ Damit nimmt er ihr das Gewehr fort und springt die Stufen hinab, reicht es dem Mozo, welche die Reittiere bereits fertig machen. Unter dem Küchendach verhandelt Ruth Niemann mit den braunen Kochinnen, sorgt darauf, daß sie mit wenig indischen Brocken Achtung und Vertrauen zu erzeugen vermögen. Blutrote Clavells rieseln über ihre Bluse; preißend rennt sie im blonden, bloßen Kopf über den Hof, schlägt mit der Gerte übermütig an die braunen, langen Stiel, die der ischäische Schuster gestern mit unendlichen, galanten Beteuerungen absieferte. Frau Mervin reicht ihr warnend den Tropenhelm: „Sie ohne Hut laufen, nie unterwegs aus Quellen trinken! Werden Sie mir nicht krank, Kindchen!“

„O, Frau Mervin, Sie sind mir nicht böse? Tausend Dank! Ich hole alles nach, vielleicht sehe ich den Jaguar, Schlangen! Endlich mal die Kleinen oder gar einen Tapir.“

„Schon gut! Reitet zu! Es wird zu heiß.“

Raum kann der Mozo die temperamentvolle Stute Hera halten. Heinz Mervin untersucht den Schwanzriemen, Hörte, Satteltaschen. Ruth schwingt sich schon ohne Hilfe in den Sattel. Raum hat ihr Heinz den Patronengurt gereicht, drängt die Mula aus dem Tor. Schon fließt Heinz auf seiner Stute hinterher; er reitet wie der Teufel. Die Mutter ruft: „Schöner Leichtsinn! Rehmt doch wenigstens die Pferdejungen mit!“

Die verschneiden nur das Wild. Was soll uns passieren?“

Vor den Dorfshütten halten die Weiber beim Maismahlen an, die Jungen heben die Köpfe in den Pflanzungen: Ein schönes Paar, der Patron und die Senorita aleman! Wann kommt wohl die Marimba zur Hochzeit? Gibt es bald einen Riesenfuchs mit Truthähnern, Schweinen, deutschem Bier?

aber, Junge, weißt Du denn nicht... gestern sah man Tacea! Ihr seit verkrückt, die Patrona würde der Beine machen. Beim Leben der Jungfrau: Tacea läßt durch die Finca! Sie möchte sich ihr Bett zur Nacht im alten Rancho am Chumay...“

Rücksichtslos reitet Heinz Mervin durch das Maisfeld der Mozos, um den Weg abzufürzen. Achlos zertrampfen die Huas das Brot der Leute. Ruths Bluse trifft von Tau und Schweiß, in hellen Bächen läuft ihr das Wasser über das Gesicht. Zweimal haben ihr die Zweige den Helm vom Kopf gezogen — Bekanntschaft mit der Wildnis!

„Ruth, wenn ich dauernd Ihnen Huas aussammeln soll, sind wir zu Mittag am Strom. Das ist überhaupt eine Sottelei mit Ihrer Mula! Geben Sie Peitsche und Sporen!“

„Sind Sie mal wieder höflich! Wir reiten doch nicht auf dem Kasernenhof. Sie vergessen ganz, daß ich das jedste Mal im Sattel sitze.“

„Nur nicht einschnappen, Schönste! Nur mal los! Ich höre er schon den Wasserfall des Rio tosen. Nur Mut! Durch den Wildbach — Füße aus dem Bügel, Knie anziehen! Um Himmels Willen, kommen Sie nicht mit den Sporen an den Hals der Mula! Ich sag's ja, gleich lagen Sie im Wasser. Bleiben Sie dicht hinter Hera! Ach was, der Lehmklopfen hadde nichts. So, noch den schmalen Saumpfad. Büden!“

Ruth feucht. Sie sind aus dem Dicke heraus. Im prallen Sonnenbrand auf jungem Maisfeld. Eine Waschbärenfamilie trotzt elsig ins Gebüsch. Die Klapper der Schlangen rasselt. Bunte Vogel kreischen: Gefahr! Gefahr!

Ruth sieht dem Abenteuer entgegen. Heinz ruft: „Dort ist ja schon der Eingang zur Schlucht, aber alles wieder seit gestern verwachsen. Ich sprengt jetzt voraus. Sie folgen, ich vereiche die grüne Wurms. Wir biegen um die Felsenase, steigen ab, binden die Tiere an und klettern am Wasserfall abwärts. Schäfe, von dem ganzen reizenden Personenbleiben nur die netten Stiefel übrig. Hera, go on!“

Der Mann spront sein edles Tier an. Es tanzt, steigt. Unruhig geht er an der Standarte. Die plumpen, mexikanischen Sporen reihen in die Planten. Blutige Rinnale fließen am Maul herab. Das Tier, schaumbedeckt, wiehert in Todesangst. Ruth hält im Maisfeld, bedenkt vor Aufregung. Ihre Mula stirbt. Heinz steigt ab, peitscht in sinnloser Wut seine Stute. Die steigt. Die Peitsche zerbricht. Er vergift die Frau, die er gegeht. Reicht einem stacheligen Alazienzweig vom Busch und verarbeitet sein Pferd.

In Grauen flieht Ruth Niemann. Sie schämt sich für den Mann. Sie schämt sich, daß sie einen in Deutschland vergessenen Nutzling zu verlassen drohte. Im Schatten des Waldes greift sie nach der Thermosflasche. Da trifft die Verchimachete ein höhnischer, wilder Blick. Ein uppiges, braunes Weib tanzt vor einer verfallenen Hütte, breicht einen Lehmklopfen von der Wand und trifft die Weise am Hinterkopf. Stein prasselte der Mula an die Beine. Sie fällt, geht ab. Ruth klammert sich an die Wände, instinktiv findet das Tier den rechten Weg zur Finca.

Frau Mervin sieht vom Garten tief in der Schneise der Pflanzung das galoppierende Tier. Santentüten und Schere rollen zur Erde. Die Frau rennt auf die Dorfstraße. Leute sind um sie. Sie sangt die ohnmächtige Ruth auf, vernimmt noch die Worte: „Die Hütte, das Weib...“

kurze Befehle. In zehn Minuten ist die Mutter unterwegs zum Sohn. Von weitem sieht man Hera friedlich grasen. Millionen Fliegen ergreifen sich an ihren Wunden. Der Mann liegt im Grase auf dem Gesicht, einen Fuß noch im Steigbügel. Taccas Macheta traf ihn in den Obergeschoss, durstig trinkt die Erde das Blut. Die Mutter bettet ihn. Doch, das Herz schlägt noch! Leise kommt es über die trocknen Lippen: Ruth — o, Ruth, das kluge, treue Tier — der furchtbare Abgrund... Ich hätte mich in der Schlucht gerettet!“

Warum das Fräulein die Stellung nicht bekam.

Dieses hier geschah in Holland: In einer kleinen Stadt war eine Lehrerinnenstellung ausgeschrieben. Von den Bewerberinnen kamen drei in die engere Wahl, und von diesen dreien gefiel wieder eine den Herren vom Magistrat so außerordentlich, daß ihr die Stellung sicher zu sein schien. Es war eine junge, sehr nette Dame mit vortrefflichen Zeugnissen — aber sie war lang, für eine Dame ungewöhnlich lang. Nun war das in der kleinen holländischen Stadt so, daß die unverheirateten Lehrerinnen immer bei einer achtbaren Schneiderfamilie, die ein Zimmer frei hatte, Wohnung nahmen. Dieses Zimmer gab sich auch die in Aussicht genommene neue Lehrerin an. Es gefiel ihr alles ganz gut bis auf das — Bett. Dieses Bett nämlich war für sie viel zu kurz. Freundlich und vorsichtig regte sie die Beschaffung eines längeren Bettes an, aber die Schneiderleute lehnten das kurzweg ab. Da nun der Schneider kein längeres Bett kaufen wollte, die Lehrerin aber nicht geneigt zu sein schien, sich ein paar Zentimeter von ihrer Körperlänge wegziehnen zu lassen, entschied die Schuldeputation des Magistrats kurz und salomonisch folgendes: „Wenn das Schneiderbett für das Fräulein nicht paßt, müssen wir ein Fräulein haben, das für das Schneiderbett paßt!“ Vorau das Fräulein die Stellung nicht bekam. Geschehen in diesem Jahre.

Humor des Auslandes.



„Haben Sie sich schon einen Verteidiger gesucht?“
„Nein — ich brauche auch keinen, denn ich will ja die Wahrheit sagen.“ (Le Rire.)

Vom gelungenen Schotten. „Wissen Sie schon, daß Macpherson beim Angeln ertrunken ist? — Was Sie nicht sagen! War er denn wirklich tot?“ — „Mauseto! Wie Sie ihn herauszogen und ihm die Taschen durchsuchten, hat er sich nicht mehr gerührt.“

Große Anerkennung. Die Hausfrau zur Kochin: „Sie haben uns jetzt fünfundzwanzig Jahre treu gedient. Wir haben beschlossen, Sie von jetzt an als Mitglied unserer Familie anzusehen. Natürlich bekommen Sie dann keinen Lohn mehr!“

Beginn des Calmette-Prozesses

Das Lübecker Säuglingssterben vor Gericht.

Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern.

In der zum Gerichtssaal umgewandelten Hauptturnhalle in Lübeck begann der mit großer Spannung erwartete Prozeß wegen des Lübecker Säuglingssterbens, das durch „Flüsterung“ von Säuglingen mit dem Calmette-Guerin-Bazillus — zum Schutz gegen Tuberkulose — verursacht worden sein soll. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung und fahrlässige Körperverletzung und richtet sich gegen vier Personen: den Tuberkuloforscher Prof. Dr. Denze, den Leiter des Lübecker Kinderhospitals Prof. Dr. Alstädt, den Leiter des Lübecker Gesundheitsamtes, Obermedizinalrat Dr. Alstädt und die Krankenschwester Anna Schülze. Da der Prozeß auf Grund der leichten Notverordnung nicht vor dem Großen Schöffengericht, sondern vor der Strafammer stattfindet, seit sich das Gericht aus drei Juristen und zwei Richtern zusammensetzt. Sechs Anwälte vertreten über 250 als Nebenkläger zugelassene Eltern, die durch die Erkrankung ihrer Kinder schwer betroffen worden sind. Einer dieser Elternvertreter ist der aus vielen Strafprozessen bekannte Berliner Rechtsanwalt Dr. Frey. Ein anderer bekannter Berliner Rechtsanwalt, Prof. Dr. Alstädt, vertritt einen der Angeklagten.



Die Angeklagten im Calmette-Prozeß (von links): Professor Dr. Alstädt, der Leiter des Lübecker Kinderhospitals, in dem die 75 mit Calmette-Serum behandelten Säuglinge gestorben sind, mit seinem Verteidiger — die Laboratoriumsmeisterin des Lübecker Krankenhauses, Anna Schülze, mit ihrem Rechtsbeistand Dr. Barthowen-Hamburg — Obermedizinalrat Dr. Alstädt, der Leiter des Gesundheitsamtes — der Stadt Lübeck, mit seinen beiden Verteidigern.

Ist das Gericht zuständig?

Vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses unternahm einer der Rechtsvertreter der Eltern, Rechtsanwalt Dr. Wittern-Lübeck, einen Vorstoß gegen die Zuständigkeit des Gerichts. Er beschäftigte sich mit dem durch die Notverordnung geschaffenen Zustand, der nur eine einzige Tatsacheninstanz bringt und den Prozeßparteien nicht den Einsturz zuläßt, der ihnen gesetzlich zusteht. Dann sprach er von der Möglichkeit, daß durch Reichstagsbeschluß die Notverordnung aufgehoben werden könne, und wies auf die rechtlichen Folgen hin, die dadurch entstehen könnten. Dr. Wittern stellte schließlich den Antrag: daß Gericht möge prüfen, ob es so, wie es erschienen sei, der gesetzliche Richter sei, dem sich die Angeklagten nicht entziehen dürfen.

Zusammenstoß Alstädt-Frey.

Rechtsanwalt Frey beschäftigte sich ebenfalls mit der Ungültigkeit der Notverordnung, soweit sie die Rechtspflege betreffe. Man könne niemals das Grundrecht der Verhaftung außer Kraft setzen, nach deren Bestimmung niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden könne. Ausnahmegerichte seien unzulässig. Er stieß nicht an, zu erklären, daß man sich hier vor einem Ausnahmegericht befände. Der Antrag Dr. Wittern wurde von allen Rechtsvertretern der Nebenkläger unterstützt.

Oberstaatsanwalt Dr. Lienau bat um Ablehnung des Antrages, da es nicht Aufgabe des Gerichts sei, zu prüfen, ob durch die Notverordnung der § 48 der Reichsverfassung verletzt worden sei.

Im Namen sämtlicher Verteidiger der Angeklagten erklärte sodann Rechtsanwalt Dr. Alstädt, daß Einwendungen nur gemacht werden könnten, wenn Rechte der Angeklagten verletzt worden seien. Das tress hier aber nicht zu. Rechtsanwalt Dr. Frey betonte darauf, daß man aus den Äußerungen Alstädt's entnehmen könne, es komme nur darauf an, daß die Wissenschaft aus diesem Prozeß Lehren ziehen wolle. Gegen diesen Vorwurf verwarnte sich Rechtsanwalt Dr. Alstädt entschieden.

Der Antrag der Verteidiger abgelehnt.

Nach zweistündiger Beratung verklündet der Vorsitzende die Ablehnung des Antrages, daß Gericht für unzuständig zu erklären und die Hauptverhandlung zu verlegen. Die Notverordnung sei in gesetzlicher Weise verklündet worden und ein Verstoß gegen Artikel 105 der Reichsverfassung, der die Grundrechte betreffe, liege nicht vor. Ein Ausnahmegericht bestehe nur dann, wenn für einen konkreten Fall ein besonderes Gericht angeordnet werde. Das Gericht trat dann in die eigentliche Verhandlung ein und verlor den Eröffnungsbeschluß. Als erster der Angeklagten wurde Obermedizinalrat Dr. Alstädt vernommen.